



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.
1886-1916
1908**

29 (18.1.1908) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-331834](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-331834)

General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich.
Erlangerlohn 25 Pfg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
ausgaben 2.42 pro Quartal.
Einzeln-Nummer 5 Pfg.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Inserate:

Die Colonat-Zeile . . . 25 Pfg.
Ausdränge Inserate . . . 30
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

Geflesteste und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegramm-Adresse:

„Journal Mannheim“

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (An-
nahmen, Druckarbeiten) 641

Redaktion 377

Expedition und Verlags-
buchhandlung 218

Nr. 29.

Samstag, 18. Januar 1908.

(Mittagsblatt.)

Die heutige Mittagsausgabe umfasst
12 Seiten.

Krisenstimmung.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Berlin, 17. Januar.

Die Situation ist: daß etwas wie eine schlechende Krise ausgebrochen ist. Nicht in Preußen. Dort gehen die Dinge ihren vorgezeichneten herkömmlichen Gang. Man ist über die Ostmarkenvorlage einig geworden; man wird die Staatsberatung erledigen, die Beamtenaufbesserung beschließen und wird wohl auch noch mit Herrn v. Rheinbaben über die Flüssigmachung neuer Staatseinkünfte sich verständigen. Es steht nichts dem entgegen, daß ein sanfter Tod kurz vor Pfingsten das preussische Stilleben beendet und im Herbst sich ein gottseliger Anhang an das gottselige Ende schließt. Aber von der Gegend des Königsplatzes her ziehen Wolken über das Reich. Es ist merkwürdig: zum Teil sind es dieselben Leute, die im Reichstage die Politik dirigieren und in der zweiten preussischen Kammer. Und dennoch ist diese ihre Politik an der einen Stätte so grundverschieden von der an der anderen. Das Wahlrecht formt sich nun einmal die Fraktionen und färbt sie nach seinem Willen. Dieselben Männer, die hier „tolerare possunt“ murmeln, rufen dort „crucifige“. Weniger abstrakt gesprochen: es darf als sicher gelten, daß die Parteien des Abgeordnetenhauses wegen der neuerlichen Erklärung des Fürsten Bülow ihre Stellung zur Regierung keiner Revision unterziehen werden. Die sollten sie's auch anstellen? Der Bloß hat in Wahrheit dort ja nie bestanden und die einzelnen Minister haben, ohne sich viel um das Bülowsche Programm der Paarung zu kümmern, sich an die Parteien gehalten, die ihnen just die genehmsten waren. Herr v. Studt hat ausschließlich mit Zentrum und Konservativen gearbeitet; Herr v. Rheinbaben tut es noch heute und nur Herr Solle und natürlich auch Fürst Bülow scheinen Wert darauf zu legen, daß zum mindesten die Nationalliberalen mit im Bunde sind. Der Freisinn aber ist im Abgeordnetenhause überhaupt nicht in die Verlegenheit gekommen Regierungspartei zu sein. Er braucht sich also in keinerlei neue Unkosten zu stürzen. Er kann bleiben, was und wie er war.

Anderes im Reichstage. Dort war er ein mitbestimmender Faktor geworden und hatte sich darauf einzurichten begonnen. Hatte sogar ganz hübsche Proben seines ernstlichen und ehrlichen Willens gegeben. So aber die Mißgunstigen und die Dutzender auf ihn eindringenden, das stolze Erstgeburtrecht der grundsätzlichen Opposition nicht um das Rinsengericht liebendwürdiger Hosen aus dem Munde des Kanzlers zu verkaufen, konnte er immerhin antworten: Wartet doch ab. Do, ut det. Wenn wir erst aus der Negotiation heraus sind, werden sich die Denker der Staatsgeschichte ihrem Einfluß schon nicht mehr ganz entziehen können. Und nun hat's Fürst Bülow doch getan. In der Erklärung des Ministerpräsidenten vom vorigen Freitag spürt man Einflüsse der Rechten und allerlei zarte Wildschüt auf sie;

aber Rücksichten auf die Linke spürt man nicht: das ist doch schließlich der springende Punkt. Die Wünsche einer Gruppe, auf deren positive Mitarbeit der Kanzler Wert legen muß, sind für ihn einfach nicht vorhanden gewesen, als er als preussischer Ministerpräsident zu sprechen hatte. Vergleichen kann natürlich nicht ohne Rückwirkung bleiben auf die Stellung der Parteien im Reich. Muß die Optimisten ruhig machen und die ohnehin Widerwilligen und Zweifelnden in ihrer abgünstigen Stimmung bestärken. Zum mindesten fiel ein Keis in Frühlingssnacht. Die Verengungsansichten wurden bekräftigt und selbst die früher vertrauten, fangen an das Regime Bülow mit unheimlich kritischen Blicken zu betrachten.

So kommt es, daß die Frage, der man jetzt in den Mandatgängen der Parlamente und auch sonst am häufigsten begegnet, die nach der Dauer des Bloßes ist. Herr Dr. Voithoff, der als Hospitant der freisinnigen Vereinigung zugehört, hat ihn bereits am Dienstag in aller Form aufgestellt. Aber wir möchten bezweifeln, daß er das Mandat dafür auch von den beiden Volksparteien erhalten hat. Die allgemeine Anschauung ist vielmehr, daß zunächst fortgearbeitet werden soll — auch vom Linksliberalismus — und daß der sich bemühen wird, in den Gesetzentwürfen, die als Morgengabe des neuen Kanzlers zur Zeit in den Kommissionen liegen, nach Möglichkeit seine Auffassungen zum Siege zu verhelfen. In besonderen Rücksichten wird er sich freilich nicht verpflichtet fühlen und deshalb kann es leicht sein, daß bei irgend einer Gelegenheit — zum Beispiel schon beim 8. 7. des Vereinigungsgesetzes — das ganze Bloßporzellan in Scherben geht. Das ist, was die gegenwärtige innerpolitische Lage so unbehaglich macht; was ihr den Stempel des Provisoriums, der schlechenden Krise aufprägt. Noch geht man aufrecht; aber das Erdreich ist voller Spaltlinien und Furchungen. Noch arbeitet man unter der alten Firma angelehnt an Schulter; aber keiner traut mehr dem andern. Das ist kein Zustand, bei dem die Geschäfte munter fortgehen. Und vielleicht war es doch voreilig vom Fürsten Bülow, die Vertrauensklärung der Bloßführer sich schon im Dezember auszubitten . . .

* * *

Wir haben erst gestern dargelegt, daß wir nicht ganz so pessimistisch über die Lage urteilen wie die Berliner Bloßpolitiker, wenn wir uns ihrem Ernst auch nicht verschließen. Wir hoffen zum wenigsten noch auf eine auch den Freisinn befriedigende Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Fürst Bülow ist ein Diplomat und er hat schon derwidrigere Situationen als die gegenwärtige, zu freundschaftlichen Verständigungen überbrückt. Er wird auch in der Wahlrechtsfrage mit sich reden lassen um der Bloßpolitik im Reich willen. Seine Erklärung vom 10. Jan. war nicht sein letztes Wort und vermutlich nicht einmal seine Herzensmeinung und seine politische Überzeugung. Er braucht die Konservativen für die ungefähre Wiederherstellung der Entscheidungsvorlage. Sollte hierin nicht der Schlüssel des Verständnisses für seine unheimlich tiefe Verdrängung vor der Reaktion liegen? Die Entscheidungsvorlage ist nunmehr so durchgebracht, daß die preussische Regierung glaubt, ihre Ansehenszwecke mit ihr erreichen zu können. Nun wird Fürst Bülow schon eher wieder einem

liberalen Druck zugänglich sein, wenn er nur von besonnenen und energischen Leuten ausgeübt wird. Wir glauben unsern Mitarbeiter gern, daß man in Berliner politischen Kreisen verärgert und nervös ist und sich allerlei trübseligen Gedanken über die Zukunft hingibt. Aber wir meinen, man sollte ruhig Blut bewahren. Es steht zu viel auf dem Spiel. Wird die Zertrümmerung des Bloßes die Aussichten der preussischen Wahlreform erhöhen? Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Wir haben um so mehr Anlaß und nicht von einer Politik der Stimmungen zu Entschlüssen hinreichend zu lassen, die wir bereuen müßten, als die Sache der preussischen Wahlreform ja keineswegs hoffnungslos ist. Bülow wird schon, wenn er sieht, daß der Liberalismus auf seinem Schein besteht. Das aber ist die Aufgabe, nicht im ersten Anmut dem Kanzler den ganzen Akt vor die Füße werfen.

Badischer Landtag.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

Karlsruhe, 17. Jan.

Die heute fortgesetzte Debatte über das Justizbudget geht mit großer Heiterkeit ein, die eine Rede des Abg. Quenzer (nat.) über die Zustände des Obergerichtsbauwerks hervorrief, und die sich fortsetzte, als der Abg. Birkenmayer, der badischer Landgerichtsdirektor, sich an seinem Fraktionsgenossen Kopf rieb. Von der Sozialdemokratie sprach anstelle des Abg. Dr. Frank, der als Redner vorgezogen, durch die Verhandlungen des Reichstages verhindert ist, in objektiver und streng sachlicher Weise der Abg. Kolb, der insbesondere den Fall des Anarcho-Sozialisten Dr. Friedberg und das bedenkliche Zeugniszwangsverfahren gegen den Redakteur der „Volksstimme“, Oskar Ged, ausführlich behandelte und auf das schärfste geißelte. Er sprach sich weiter gegen die Kesselforenverordnung aus und empfahl die Einführung von Jugendgerichtshöfen und die Abschaffung des Kindes. Aus der Rede des Staatsministers Freiherr von Dusch Rang Mißbehagen über das Vorgehen gegen Dr. Friedberg und Oskar Ged heraus. Bezüglich des Zeugniszwangsverfahrens gegen Ged gab er zu verstehen, daß er sich hier nicht auf die Seite des Mannheimer Gerichts stelle. Der Erlaß des Zeugniszwangsverfahrens fernerhin ohne das Einverständnis des Oberstaatsanwalts keinen Gebrauch zu machen, wird verhängt, daß solche Fälle sich wiederholen. Auf die Kesselforenverordnung, die auch der Abg. Kolb verurteilte, ging der Minister nicht näher ein, sondern befiel das einer späteren Erörterung vor. Erfreulich ist seine Erklärung, an der Institution der Schwurgerichte unbedingt festzuhalten, schon weil sie das feste Vertrauen des Volkes besitz. Eine Reihe von Eingewandten und Beschwerden trug der bündlerische Abg. Schmidt-Bretten vor; mit gutem Recht wandte er sich gegen die Handhabung der Untersuchungshaft, besonders der wegen Kollisionsgesetze. Merkwürdig ist fernerfalls, daß von keiner Seite und auch nicht von der des Abg. Schmidt das Verlangen nach einer zeitlichen Beengung der Kollisionshaft gestellt worden ist. In der Tat ist es nach heutigem Recht möglich, wenn der

wahrscheinlich, und er merkte auch, wie töricht es sei, einen Menschen, der zum Tode verurteilt war, aller Rechte zu berauben. Aber den wirklichen Sinn dessen, was da vorgelesen wurde, begriff er nicht.

Erst als ihm befohlen war, fortzugehen, und er mit den Gendarmen auf die Straße kam, begann er sich über das Hor zu wundern, was man ihm da misgeteilt hatte.

Das ist eine Abscheulichkeit, eine Ungerechtigkeits, ein Unfug! Das kann nicht sein — sagte er sich während der Rückkehr ins Gefängnis.

Er fühlte so viel Kraft in sich, daß er sich den Tod gar nicht vorstellen konnte.

Wieder im Gefängnis angelangt, legte Swetlogub sich auf sein Bett, schloß die Augen und versuchte, sich dasjenige auszumalen, was seiner wartete. Aber er konnte sich nicht vorstellen, daß man ihn töten wollte.

„Nicht junges, gutes, glückliches, von so vielen geliebten Menschen,“ dachte er und vergegenwärtigte sich die Liebe seiner Mutter, Katscha und seiner Freunde. „Nicht sollte man ihn, aufhängen? Wer kann das tun, und warum? Und was wird dann, wenn ich nicht mehr da bin?“

Nein, das kann nicht sein.

Der Inspektor trat ein.

„Was ist? Was wollen Sie?“ rief Swetlogub, der ihn nicht sofort erkannte. „Ah, Sie sind da? Gut, wann wird es sein?“ fragte er.

„Ich weiß es nicht,“ erwiderte der Inspektor. Er stand schweigend einige Sekunden da und sagte dann plötzlich in einschmeichelndem Ton: „Der Geistliche ist da. Er möchte Sie sehen und vorbereiten . . .“

„Nicht nötig, nicht nötig, Ich brauche nichts. Gehen Sie!“ rief Swetlogub.

„Wollen Sie denn nicht an jemand schreiben? Das ist erlaubt,“ sagte der Inspektor.

„Ja, ja, schicken Sie mir Schreibzettel, Ich will schreiben.“

Göttliches und Menschliches.

Erzählung von Leo N. Tolstol.

(Uebersetzt von Adolf Deh.)

(Nachdruck verboten.)

4) (Fortsetzung.)

„Dann sprach Jesus zu seinen Jüngern: So mir jemand nachfolgen will, der verkenne sich selbst, nehme sein Kreuz auf sich und folge mir nach. Denn wer sein Leben bewahren will, der wird es verlieren, wer es aber verliert um meinetwillen, der wird es finden.“

Denn was hätte es dem Menschen, so er die ganze Welt gewänne, und nehme doch Schaden an seiner Seele.“

Ja, ja, das ist so, — meinte er mit Tränen in den Augen — das ist gerade, was ich tun wollte und was ich nötig hatte: meine Seele hingeben. Sie nicht bewahren, sondern hingeben. Darin liegt die wahre Freude, darin liegt das Leben. Ich habe vieles nicht zum Heil des Volkes getan, sondern damit diejenigen, die ich verehere und liebe: Katscha, Dmitri, Schischegomow, eine gute Meinung von mir hätten; dann aber besiel mich Zweifel, und ich geriet in Schwierigkeit. Innere Verwirrung habe ich nur empfunden, wenn ich einfach handelte, weil mein Inneres mich dazu trieb.

Seitdem verbrachte Swetlogub einen großen Teil seiner Zeit damit, vieles Buch zu lesen und über das nachzudenken, was in ihm stand. Das rief in ihm eine Gedankenlosigkeit hervor, die er früher niemals erfahren hatte. Er wund.r.: sich darüber, warum alle Menschen nicht so lebten, wie es in dem Buche stand, „so zu leben ist nicht nur für einen Menschen, sondern für alle gut.“ Würden die Menschen so leben, so würden sie es niemals begehren, und würden nie Not leiden, sondern nur Seligkeit erfahren. Ah, wenn doch erst alles vorüber wäre, und ich wieder in Freiheit leben könnte — dachte er oft — oder wenn

man mich wenigstens für einige Tage frei lassen, oder mich nach Sibirien transportieren würde. Es ist ja alles gleich, wo man auch immer in diesem Sinne lebt. Und ich will so leben. Das ist möglich und notwendig. Nicht so leben ist Torheit.

V.

An einem solchen Tage, als er sich in freudiger, gehobener Stimmung befand, trat zu ungewöhnlicher Zeit der Gefängnis-aufseher in seine Zelle und fragte, wie es ihm ginge und ob er nicht etwas wünschte. Swetlogub wunderte sich und begriff nicht, was diese Veränderung zu bedeuten hätte und hat dann um Zigaretten, indem er einen abschlägigen Bescheid erwartete. Der Aufseher versprach indessen, ihm unverzüglich welche zu schicken, und der Wärter brachte tatsächlich Zigaretten und Streichhölzer. Wobrscheinlich hat jemand für ihn eine Zigarette an und begann in seiner Zelle auf- und abzugehen, indem er über die Veränderung nachdachte, die mit ihm vorgegangen war.

Am nächsten Tage wurde er vor Gericht geführt. Er hatte schon häufig vor den Richtern gestanden, dieses Mal wurde er aber nicht verhört. Ein Richter stand von seinem Stuhl auf, ohne ihn anzusehen. Dasselbe taten die übrigen. Der Erstgenannte nahm ein Papier in die Hand und begann mit lauter, feierlicher, aber ausdrucksloser Stimme etwas vorzulesen.

Swetlogub hörte zu und blickte den Richtern ins Gesicht. Sie vermieden alle, ihn anzusehen und hörten nur mit scheinlichem, finsternen Gesichtsausdruck zu.

In dem Schriftstück hieß es, Anwalt Swetlogub sei wegen seiner revolutionären Tätigkeit mit dem Ziele, die bestehende Regierung in naher oder ferner Zukunft zu stürzen, zum Verlust aller Rechte, seines Vermögens und zur Todesstrafe durch den Strang verurteilt.

Swetlogub hörte das mit an- und verstand oberflächlich den Sinn der Worte, die der Beamte ansprach. Ihm kam das Adjektiv des Ausdrucks „in naher oder ferner Zukunft“ zum Be-

Hall vielleicht sich auch noch nicht in der Praxis ereignet hat, daß ein wegen Kollisionsgefahr Inhaftierter bis an sein Lebensende inhaftiert bleibt, wenn die Kollisionsgefahr nicht früher beseitigt ist. Wann aber dieser Fall eintritt, ist heute viel zu sehr in das ausschließliche Ermessen der Gerichte gestellt. Im Zentrum finden sich nur vereinzelte Freunde der Schourgerichte, von denen der Karlsruhe Landgerichtsrat Schmidt sicher keiner ist. Ein Verdienst erwarb er sich jedoch, daß er als erster der bürgerlichen Abgeordneten die gänzliche Aufhebung des Zeugniszwangs gegen die Presse empfahl. Die Vertiefung der Presse ist beim Zentrum von jeher eine sehr große gewesen im Gegensatz zu den übrigen bürgerlichen Parteien. Ob es klug war, den Verteidiger Hau's, Dr. Dieh, in solcher Weise anzugreifen, wie es der Abg. Schmidt tat, wollen wir dahingestellt sein lassen, jedenfalls gab das dem Abg. Frühauß (f.) Veranlassung zu einer ausgedehnten Besprechung der Hausaffäre. Daß in diesem ganzen Prozeß außerordentlich viel gesündigt worden ist, tat Frühauß's Rede recht einbringlich dar; und es ist ja noch in aller Erinnerung, wie sich der Staatsanwalt in diesem Prozeß soweit vergah, einen ehrenwerten Journalisten der Bestechlichkeit durch die Hauptpartei zu zeihen, ohne auch nur den geringsten Beweis dafür erbringen zu können. Wenn einer solchen Behandlung der Presse durch den Staatsanwalt gegenüber der Abg. Frühauß mit allem Nachdruck betonte, daß sich die Presse in dieser ganzen Angelegenheit musterhaft verhalten hat, so ist die Presse diesem Abgeordneten für eine solche wohlbegründete Anerkennung höchsten Dank schuldig.

Die Generaldebatten über das Justizbudget wird morgen fortgesetzt und voraussichtlich beendet werden.

Politische Uebersicht.

* Mannheim, 18. Januar 1908.

Die Modernisten in Italien.

Der Widerstand der italienischen Modernisten wird jetzt selbst in der „Augsb. Postz.“ nicht mehr unterschätzt. Sie schreibt in ihrer Nr. 6: „Hinter dem „Rinnoamento“ stehen etwa 2000 Katholiken der gebildeten Stände. Das in Italien 2000 Gebildete bedeuten, ist mit einem Worte nicht zu sagen. Sie stellen für das Land ebenso viele Führer dar, denen das Volk gulläubig folgt. Der Adel stellt ein nennenswertes Kontingent zu diesen Rinnoamentisten. Auch Weisliche schreiben genug Artikel für das „Rinnoamento“. Es bleibt nun abzuwarten, welche Haltung dieselben zu der Reformen nehmen. Die für alle Mitarbeiter gilt, einnehmen.“ Zwei Modernistenblätter „Giustizia sociale“ und „Studi religiosi“ haben ihre Erscheinen nur eingestellt, um noch entschieden modernistischen Organen Platz zu machen, der „Sabonarda“ und der „Vita religiosa“. An ihre Spitze treten Raten. Auch Don Kurri meldet sich wieder, u. a. mit einer Schrift gegen die Enzyklika.

Deutsches Reich.

(Die Zigarrenbänderole). Auf Anregung der Leipziger Ortsgruppe wurde ein außerordentlicher Verbandstag deutscher Zigarrenbänderer nach Berlin zum Zweck der Stellungnahme zur Zigarrenbänderole einberufen. Sämtliche Reichstagsabgeordnete erhielten Einladungen. (Die Budgetkommission des Reichstags) setzte die Beratung des Militäretats fort. Bei dem Titel „Manderkosten“ führte der Kriegsminister aus, die Anstrengungen bei dem Kaisermander seien nicht übermäßig gewesen. Die Manderverkandlungen und das sei natürlich, denn bei einem Feldzuge brächen die ersten Tage sicherlich sehr große Anstrengungen. Es sei Pflicht der Militärverwaltung, die Leute an Strapazen zu gewöhnen. Jedes deutsche Infanterieregiment überwinde mit Leichtigkeit eine Marschleistung von 50 Kilometern. Bei dem letzten Kaisermander waren 55 837 Fußtruppen beteiligt. Am 11. September waren davon 303 303, darunter 153 Fußtruppen. Die Marschleistungen bewegten sich zwischen 30 und 40 Kilometern. In einem einzigen Tage kamen für einige wenige Truppenteile Marschleistungen bis zu 60 Kilometer vor. — Nachdem die Kommission mehrere Artikel des Militäretats angenommen hatte, wurde die Weiterberatung auf Dienstag vertagt. (Lehrerklassen an deutschen Auslandschulen.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Im Jahre 1907 sind durch die Vermittlung des Auswärtigen Amtes 48 Lehrerklassen an deutschen Auslandschulen besetzt worden. Dieron entfallen auf Spanien vier, Rumänien vier, Türkei acht, Serbien zwei, China

zwei, Argentinien acht, Uruguay und Paraguay je eine. Brasilien zwei, Mexiko vier. Angestellt wurden zwei akademisch gebildete Direktoren, neun Oberlehrer und Kandidaten des höheren Lehramts, zwei Rektoren, zwei Mittelschullehrer, ein Handelschullehrer, zwanzig Elementarlehrer, drei Zeichnerlehrer und vier Lehrerinnen. In den meisten Fällen hat dank dem Entgegenkommen der beteiligten Bundesstaatlichen Schulverwaltungen die Beurlaubung der Lehrkräfte aus dem heimischen Schuldienste für die Dauer ihrer Dienstzeit im Auslande erwirkt werden können.

Rundschau im Auslande.

Sauris

interpellierte in der französischen Kammer über die dem General d'Amade erteilten Weisungen und sprach die Befürchtung aus, daß der Kampf um Serrat als Preis für die Stellung Frankreichs bei Abdul Was angesehen werde. Die Kammer habe das Recht, Erklärungen zu fordern, bevor Frankreich unabwehrlichen Tatsachen gegenüberstehe. (Beitrag auf der Jahrestagen Sauris.) Clemenceau stellte es in Abrede, daß die Regierung den General Druce zurückzuziehen habe. Minister des Reichens Vichon beantragte, die Interpellation auf den 24. Januar zu verlegen. Vichon erklärte, daß die d'Amade erteilten Instruktionen genau dieselben seien, die Druce gegeben worden waren und in der Kammer gelegentlich der letzten Interpellation dargelegt sind, nämlich in der Gegend von Casablanca für die Aufrechterhaltung der Ordnung, die Sicherheit der Europäer und die Wiedereinnahme des Handelsverkehrs zu sorgen und die Stämme zu bestrafen, die Casablanca plünderten. Der Minister teilte mit, daß d'Amade gestern einem Stamme gegenübergestanden habe, der an den blutigen Ausschreitungen im Juli beteiligt war und daß er ihn streng bestrafte. So werden, erklärte Vichon ferner, alle mitschuldigen Stämme bestraft, es sei zu Abdul Was halten oder zu Wale Hafid. Wir werden unsere Aufgabe erfüllen, die darin besteht, unsere Landsleute und die übrigen Europäer zu schützen. Unsere Marokkopolitik wird von allen gebilligt und erfährt keine Aenderung. Die Interpellation ist durch keine neue Tatsache begründet. (Beifall.) Sauris erwiderte, die Regierung könnte durch die Ereignisse verleitet werden, den Generalen zu klassische Instruktionen zu erteilen. Sauris drang nochmals auf sofortige Beratung der Interpellation. Das Haus lehnte aber mit 367 gegen 197 Stimmen den 24. Januar, wie die Regierung beantragte, für die Beratung der Interpellation fest.

Der Papst

hatte gestern Nacht, wie gewöhnlich aus diese Jahreszeit, einen leichten Schüttelfall. Sein Leibarzt Pelacci besuchte ihn früh morgens. Trotz seiner Erkrankung verließ der Papst das Bett und empfing den Staatssekretär Merry del Val, den Major-domus Monsignore Visconti und mehrere Bischöfe.

Die englischen Frauenstimmrechtlerinnen am dem Kriegsspiel.

Gestern morgen nahmen Frauenstimmrechtlerinnen an einer Sitzung des Ministerrats in der Downing Street Anlaß zu einem regelrechten Angriff auf die Wohnung des Premierministers Sir Campbell Bannerman. Um nicht von der absichtlich in der Nähe des Gebäudes angestellten Schutzmansschaft gefest zu werden, kamen die Frauen in Droßeln an. Als der Schuttschreiber Aquith kam, stürzten sie auf ihn los, wurden aber von der Polizei zurückgehalten. Einige hatten sich sogar mit Ketten an das Gitter gegenüber dem Gebäude festgebunden und schrien laut nach dem Frauenstimmrecht, sobald die Polizei gezwungen war, die Ketten zu lösen und die Stimmrechtlerinnen zu entfernen. Unterdes ergwang sich eine Frau den Eintritt in die Wohnung des Premiers, wurde aber von den Türhütern sogleich hinausgewiesen. Die Polizei säuberte endlich die Straße. Fünf Frauen wurden verhaftet.

Engländer und der „Friedenspostel“ W. I. Stead.

Herr W. I. Stead in London hat in jüngster Zeit die Aufmerksamkeit in wenig günstiger Weise auf sich gezogen. Obwohl ein großer Friedenspostel hat er es doch mit seinen Anfichten vereinbar gefunden, England zu beschleunigten Seeeröffnungen gegen das gefährliche Deutschland zu mahnen und Separatist gegen Deutschland zu veröffentlichen. Dabei hätte er um ein Haar den jüngsten Friedenspreis der Nobelstiftung erhalten! Unter diesen Umständen ist es um nicht uninteressant festzustellen wie ein sichtlich Engländer selbst über diesen empfindlichen Politikerdanken. Aus Bangkok wird unterm 14. Dezember geschrieben:

Der unliebbare Besuch Lord Hardies in Indien hat den englischen Residenten Schindens Kor gemacht, daß diese Kolonien für sozialistische „Genies“ und Friedenspostel noch nicht reif sind. Deshalb schreibt der heilige „Siam Observer“ anlässlich der Dementis der Nachricht, daß Herr Stead den Nobelfriedenspreis erhalten habe, diesem Herrn folgendes ins Stammbuch:

„Das Nobelkomitee hat ganz bestimmt einen Irrtum begangen. Es kann den ungeheuren Dienst nicht in Rücksicht gezogen haben, den Herr Stead der Menschheit erwies, indem er

nicht nach Indien ging. Ohne den Verdiensten der Herren Maneta und Renault zu nahe zu treten, ist es doch klar, daß alles Gute, was diese Herren getan haben, wenig ist im Vergleich zu dem Unheil, das Herr Stead ungetan gelassen hat. Anstatt nach Indien zu gehen, wie er einmal offen drabte, verblieb er bei der Friedenskonferenz, wo er herumhüpfte, ohne irgend jemand besonderen Schaden zu tun. In Indien hätte er ganz sicher schlimmer gewirkt, als Hundert Keir Hardies. Das Nobelkomitee hat ihm dennoch, wie es scheint, diese heroische Selbstüberwindung nicht angerechnet; war sie freiwillig und nicht etwa Herrn Stead von der indischen Regierung aufgezwungen, so hätte er sicher dafür allein den Friedenspreis verdient.“

Dieser Artikel zeigt, daß man in angloindischen Kreisen die Gefährlichkeit der angeblich so humanen Bestrebungen des Herrn Stead vollkommen klar erkannt hat.

Der diplomatische Verkehr zwischen Japan und China

wegen der geplanten Siamsting-Anfangsbahn sieht auf dem Punkte, daß Japan eine feste Haltung einnimmt und versichert, daß die chinesische Bahn parallel mit der siamchinesischen Bahn laufen würde und daher nicht gebaut werden dürfte. Da sie die Form und den Inhalt des Bellinger Vertrags verleihe, so würden die japanischen Behörden, wie sie mit Bestimmtheit erklären, es nicht gestatten, daß der Bau dieser zweiten Linie begonnen werde; sollte er aber schon begonnen sein, so werde Japan Vorkehrungen treffen, um die Einstellung des Baues zu erwirken.

Badische Politik.

o. Karlsruhe, 17. Jan. Gegen den Entwurf, zu einem neuen Gehaltsstarif beschließt, wie die Landeszeitung hört, die Ständevertretung der badischen akademisch gebildeten Lehrer mit einer Kundgebung aufzutreten. Auch in Nichterkreisen herrscht großer Unmut darüber, daß die im gleichen Rang stehenden Verwaltungsbekannteten durchweg in eine höhere Gehaltsklasse kommen sollen.

* Freiburg, 17. Jan. Mit Rücksicht auf das Steigen der Lebensmittelpreise in den letzten Wochen hat das Ordinariat eine namhafte Aufbesserung der Gehälter der katholischen Geistlichen beschlossen und gleichzeitig an das Kultusministerium das Ersuchen gerichtet, dem jetzigen Landtag eine Erhöhung des Staatszuschusses von 350 000 M. auf 550 000 M. vorzuschlagen. Wie die „Köln. Ztg.“ von untrüchteter Seite hört, wird die Regierung diesem Wunsche der Kurie Rechnung tragen. Daß der Landtag sich diesem Wunsche nicht verweigern wird, gilt hier als sicher.

* Stöckach, 17. Jan. Heute vormittag wurde das Urteil im Prozeß Wittmann-Willibald bekannt gegeben. Der Angeklagte Willibald wird zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Außerdem wurden ihm sämtliche Kosten auferlegt. Wittmann wurde von der Widerklage freigesprochen. Dem Angeklagten Willibald wurde der Schutz des § 193 zugestanden. In der Urteilsbegründung wird außerdem hervorgehoben, daß nur der Artikel „Modernismus“ strafbare Beleidigungen enthielt.

Ueber den reichsparteilichen Verein

urteilt im „Hannov. Cour.“ ein Karlsruher Radio-naliberaler also:

Wenn die Konservativen schon in Norddeutschland nicht in den breiten Volksschichten wurzeln, so werden sie in Baden erst recht Offiziere ohne Soldaten sein. Haben ja hier noch einmal die Konservativen viel Boden, sondern müssen schlecht und recht von der Zentrumsmacht ihr Dasein fristen. Warum haben sich die Vertreter der neuen Vereinigung nicht im Rahmen der konservativen Partei betätigt, um diese aus der Sozialisterei des Zentrums zu entfernen? Sie hätten damit zur Einigung der Wege beitragen können, die von der liberalen Partei zu den Konservativen hinführen. Die „Großhändler“ der Liberalen, wie sie sächlich genannt wird, besteht aus nichts anderem als aus einem laienhaften Wohlstandes mit der Sozialdemokratie für einzelne bestimmte Kreise, das geschlossen werden mußte, um ein gefährliches Zusammenstoß des Zentrums zu verhindern. Was bei der nächsten Wahl geschieht, steht noch dahin. Sicher ist, daß viele Liberale eine Wiederholung des Bündnisses mit der Sozialdemokratie vermeiden sehen möchten. Aber es wäre unpolitisch, heute schon festzusetzen, was im nächsten Jahre werden soll. Wägen die Konservativen und ihre „freikonservativen“ Gesinnungsgenossen in Freiburg zusehen, daß sie bis dahin bündnisfähig geworden sind.

Im „Tag“ behauptet G. von Below, einer der Mitbegründer, dem neuen Verein seien außer Konservativen auch badische Nationalliberale beigetreten. Eine Zahl, auch nur eine ungefähre, dieser Nationalliberalen wird allerdings nicht angegeben. Nach unserer Meinung wird es in Baden wohl nur sehr wenige Nationalliberale geben, die geneigt sind mit den Konservativen und den Genepägigen im Zentrum

Der Inspektor ging fort. Es wird offenbar Morgen früh sein, . . . — dachte Swetlogub. Ganz wie immer. Morgen früh werde ich nicht mehr unter den Lebenden weilen. Nein, das kann nicht sein . . . Wahrscheinlich ist es ein Traum. Der Wärter kam und brachte ihm zwei Federn, ein Zintensack, Schreibpapier, einige blaue Kerker und stellte den Stuhl vor den Tisch. Alles das war Wirklichkeit und kein Traum. „Ich darf nicht denken, darf nicht . . . ja, ich will Ritter schreiben,“ — sagte Swetlogub. Er setzte sich an den Tisch und begann zu schreiben. „Liebe Mutter!“ schrieb er mit Tränen in den Augen, verzeh, verzeh mir all den Kummer, den ich Dir bereitet habe. Gade ich Unrecht getan oder nicht, ich konnte nicht anders handeln. Nur um eines bitte ich Dich: Verzeih mir. Bekümmere Dich nicht um mich; ob es nun früher oder später eintritt, ist das nicht ganz einerlei? Ich fürchte mich nicht und bereue nicht, was ich getan habe, — ich konnte nicht anders handeln. Verzeih mir nur und hege keine bösen Gedanken gegen die, mit denen ich zusammen gearbeitet habe, oder denen, die mich hinterzogen. Sie konnten sich anders. Denk nicht an sie. Sie wissen nicht, was sie tun, aber sie leben in meinem Jannern, erheben und trüben mich. Ach wohl, ich lässe Deine lieben, ranzeligen, alten Hände.“

(Fortsetzung folgt.)

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Opern- und Nationaltheater Mannheim. (Spielplan.) Sonntag, 19. Jan. (Augsb. Abonn. Vorz. D): „Reiterlinge“. — Montag, 20. (B): „Der Haffenschied“. — Dienstag, 21. (A): „Helden“. — Mittwoch, 22. (B): „Was ihr wollt“. — Donnerstag, 23. (C): Reu einstudiert: „Der Freischütz“. — Freitag, 24. (D): „Osello“. — Samstag, 25. (Abonn. Vorz.): Zu ermäßigten Preisen: „Wamyele Ritoude“. — Sonntag, 26. nachm.: „Die Wunderfeder“. Abends (A): „Algon“.

Neues Theater. (Spielplan.) Sonntag, 19. Jan.: „Kleinlein Fofette — meine Frau“. — Dienstag, 21.: „Der Vogelhändler“. — Sonntag, 26.: Zum ersten Mal: „Madame Paragon“.

Dochschulnachrichten. Man schreibt aus Heidelberg: In Ehren des nach Breslau berufenen Herrn Professor Dr. Schuler erg findet Freitag, 21. Jan., ein Abschiedessen statt. —

Dochschulnachrichten. Der frühere ordentliche Professor für Recht und Strafrecht an der Universität Halle, Dr. Friedrich Stein, ist zum ordentlichen Honorarprofessor in der juristischen Fakultät der Universität Leipzig ernannt worden. — Zum Vizepräsident der Heidelberger Universität für das nächste Studienjahr wurde der Physiologe Geheimrat Koffel gewählt.

Winterausstellung der Münchner Secession. — Für die Secessionsgalerie wurden erworben zwei Delgemälde: 1. „Die glückliche Schwester“ (1893) von Professor Albert von Keller in München; 2. „Wind und Sonne“ von Charles Tooby in München. — Von Privatlen wurden angekauft die Delgemälde 1. „Portrat“, (1874); 2. „Aufsehung“ (1884); 3. „Arbeits“ (1885); 4. „Lebende“ (1895); 5. „Römische Villa“ (1882) von Professor Albert von Keller in München; 1. „Strand in Biarcogio“ (sandellendel) (1896); 2. „Studienkopf“ (1906) von Phil. Klein ?; 1. „Notes Haus mit Schimmel“ (1905); 2. „Aufweide“ (1907) von Charles Tooby in München.

Aus der Gelehrtenwelt. Der Philosoph Professor Dr. Franz Brentano, der an den Universitäten Würzburg und Wien längere Zeit in bedeutender Weise tätig war und sich 1895 nach Florenz zurückzog, beging gestern seinen 70. Geburtstag. Henri Marteau wird am 20. Januar im 7. großen Konzert des 13. Künstler verstärkten Mozart-Orchesters im Berliner Royalpal aufzutreten. Marteau wird die Symphonie Espagnole von Pold spielen, welche ein Virtuosenstück ersten Ranges ist. Außer Marteau wird in dem Konzert auch der Tenorist Herr Hermann Faldowitzer aus Karlsruhe mit.

Vorgeschlägte Erziehungserfolge. Ueber dieses Thema äußert sich die „Post“ (Berlin) wie folgt: In den Berichten über

die Aufführungen von neuen Stücken ist in letzter Zeit ein Mißbrauch eingerissen, der ernstlich gerügt werden muß, da es dabei auf eine Vereinfachung des tatsächlichen Erfolges der Stücke abgesehen ist. Es gibt nämlich eine Reihe von Theaterdirektoren, die insbesondere über Uraufführungen an ihren Bühnen selbst an die Zeitungen gleichlautende Telegramme versenden, in denen dann aus geschäftlichen Gründen auch ein offenerer Wettbewerb für einen vollen Erfolg gestempelt wird. So sprach erst in den letzten Tagen ein Bühnenleiter in einem solchen Telegramm von der „großen Wirkung“ einer von ihm veranstalteten Uraufführung, während die objektive Kritik nicht anders feststellen konnte, als einen trotz glänzender Darstellung „nur äußerlichen“ Erfolg und lediglich „niemlichen“ Beifall herausgehört zu haben. Vielleicht beschäftigt sich einmal der Deutsche Bühnenverein mit dieser schriftstellerischen Tätigkeit seiner Mitglieder. — Diese Betrachtung, bemerkt hierzu die „Münchener Allgemeine Zeitung“, ist an sich sehr berechtigt, wird aber, fürchten wir, wenig nützen. Um diesen Unfug abzuweilen, braucht man auch gar nicht erst den Bühnenverein zu bemühen, sondern einfach die Selbstreklamen prinzipiell nicht anzunehmen, welche die Herren Direktoren einreichen.

Ein allgemeiner deutscher Künstlertag soll Anfang Juni zu Mannheim anlässlich der Eröffnung der Jubiläumsausstellung der allgemeinen deutschen Kunstgenossenschaft abgehalten werden.

Kuno Fischer über David Friedrich Strauß. Zum 27. Jan., dem 100jährigen Geburtstag David Friedrich Strauß, erschienen bei Karl Winters Universitätsbuchhandlung Heidelberg: Kuno Fischer's Aufsätze über David Friedrich Strauß, die 1869-1870 an verschiedenen Stellen namentlos erschienen und nur wenig bekannt sein dürften. Die Aufsätze sind gleich charakteristisch für Strauß wie Fischer und bilden mit der Einleitung Dr. Falkenheims und einem hier zuerst veröffentlichten Briefe Strauß's, ganz unter dem Einfluß seiner Beschäftigung mit Huttens epistolare obsequium vitium in launigen Römisches Latein geschriebene eine wertvolle Jubiläumsausgabe.

*** Zubereitungsarbeiten der 2. Redarbrücke.** In der Doffentlichkeit scheint die Ansicht verbreitet zu sein, daß die 2. Redarbrücke jetzt schon dem Verkehr übergeben sei. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß dies nicht zutreffend ist, die Brücke vielmehr bis zur beendigten statischen Abnahme durch die Baupolizeibehörde sowohl für den Fußgänger- als auch insbesondere für den Wagensverkehr gesperrt bleibt, noch auch aus den angelegten Schranken ersichtlich ist.

*** Städtische Maskenbälle im Hofgarten.** Um den schon ziemlich verwöhnten Besuchern der städtischen Maskenbälle etwas ganz Besonderes zu liefern, wurde, wie bereits erwähnt, die Ausbesserung des Ribelungensaales für den am Samstag, den 1. Februar im Hofgarten stattfindenden städtischen Maskenball dem Karlsruher Kunstmaler Franz Weib übertragen. Der Künstler, der in Karlsruhe gerade auf diesem Gebiete eine große Rolle spielt, ist auch den Mainheimer nicht unbekannt, denn seit dem Verheben unserer Maskenbälle hat Herr Weib jedesmal eine außerordentlich originelle Einzeimasken oder Gruppe zusammengestellt, die nie ohne Preis geblieben ist. Die Maskerellen sind zum größten Teil fertig und verbleiben außerordentlich. Auch das Plakat für den Maskenball ist in diesen Tagen fertig gestellt worden und wird sicher Aufsehen erregen. Es hat sich als wünschenswert erwiesen, die Preisrichter der Eintrittskarten im Vorverkauf und an der Abendkasse zu beistimmen. Der Eintrittspreis wurde daher allgemein auf 5 M. pro Person festgesetzt. Die lebhafteste Nachfrage nach kleinen (12-14jährigen) Rosenlauben, die bei allen bisherigen Maskenbällen stets nur zum geringsten Teil befriedigt werden konnte, hat der Hofgartenkommission Anlaß gegeben, alle großen (12-14jährigen) Rosenlauben beistimmen und an deren Stelle durchweg kleine Lauben einzurichten zu lassen. Die im Vorjahr ein- und zweifache Formergebühr von 5 M. bzw. 10 M. kommt diesmal in Wegfall; der Preis für eine Rosenlaube wurde allgemein auf 50 M. festgesetzt.

*** Militärkonzert im Hofgarten.** Im Ribelungsaal des Hofgartens spielt morgen Sonntag abend die beliebte Wormser Regimentsmusik unter Leitung des Herrn Rödel. Für dieses Konzert ist auch das Sächsisch-Königliche Liebermannsche Orchester engagiert, das hier schon wiederholt aufgetreten ist und mit seinen hervorragenden Leistungen allgemein Beifall gefunden hat.

*** Nationalliberaler Verein.** Montag, den 20. Jan., abends halb 9 Uhr, findet im Goldsaal des Apollotheaters eine große öffentliche Versammlung statt, in der Herr Dr. jur. Harnet aus Berlin über „Die technischen Angelegenheiten der Volkswirtschaft und ihre heutigen Standesfragen“ einen Vortrag halten wird. Die Mitglieder des Nationalliberalen Vereins sind von dem Redaktionsverein Mannheim zu diesem Vortrage eingeladen.

*** Mannheimer Konviktum.** Der unter dem Titel „Das Verhältnissen einer Person aus dem Publikum“ vorgeschaltete vierteljährliche Jahresbericht, der 2. H. im Vorstellungsamt des Konviktums die kommende Versammlung der Besucher erregt, verbleibt nur noch kurze Zeit auf dem Programm, um einer neuen, nicht minder gescheiterten Produktion Platz zu machen. — Das Welt-Paradise zeigt von morgen ab den neuen Schluss: „Eine Reise durch Ungarn“. Neben einer interessanten Wanderung durch das „Schöne Budapest“ enthält diese Serie auch zahlreiche Aufnahmen auf den am romantisch-pittoresken Jankeschloß stehenden reichen Marpaten.

*** Der 1. Hauptgewinn der Jubiläumsausstellungslotterie** mit 20000 M., der auf die Nr. 150 000 fiel, ist noch nicht erhoben. Geht dies nicht bis 4. März, so verfällt der Gewinn zu Gunsten der Jubiläumsausstellung.

Am 15.000 M. geschädigt wurde eine hiesige Bank durch zwei hiesige Kaufmannslehrlinge, die einen auf diesen Betrag lautenden gefälschten Wechsel präsentierten. Der Wechsel war auf einen hiesigen Fabrikanten ausgestellt. Die beiden jugendlichen Betrüger, der am 28. August 1890 geborene Peter Hermann und der am 21. März 1891 geborene Karl Sauter, haben am verfloffenen Mittwoch das Weite gesucht und konnten noch nicht ermittelt werden. Da die beiden Guttedel einen Vortprung von 24 Stunden hatten, ehe die Kriminalpolizei die Verfolgung einleiten konnte, dürfte es bei den heutigen Verkehrsverhältnissen schwer fallen, der Weiden habhaft zu werden. Hermann ist nach dem von der Kriminalpolizei ausgegebenen Signalement 1,75 bis 1,85 Meter groß, schlank, von blauer Gesichtsfarbe und hat große Nase und dunkle Haare. Sauter ist 1,55 Meter groß, schlank, hat blaue Gesichtsfarbe und dunkle kurze Haare. Beide sind gut gekleidet und sprechen Mannheimer Dialekt. Den Andreihern wird kein günstiges Zeugnis ausgestellt. Sie waren außer Stellung. — Wie wir noch erfahren wurde, wurde der Wechsel durch den einen Betrüger, einen früheren Angestellten der Firma Aug. Zug, auf eine hiesige Bank ausgestellt, die ohne Bedenken den Wechsel akzeptierte. Das Geld hatte der Guttedel gefälscht. Eine andere hiesige Bank hat dann Winter der Baronin Feinholz aus München in Zürich. Er trat diesmal leider nur in Wagnerschen Rollen auf. Wir sagen „leider“, denn abgesehen davon, daß wir mit den einheimischen Schülern wenigstens die Wagnerschen Rollen gar nicht überlassen können, so ist es an sich immer zu bedauern, wenn ein mehrmaliges Gastspiel nicht dazu benutzt wird, ein solches gegebenes literarisches Stück, in dem vielleicht gerade die Leistung der dem Gaste zufallenden Rolle Schwierigkeiten machen würde, wieder einmal zur Aufführung zu bringen. — Dieser und unbekanntes Züricher Kollege spricht uns aus der Seele. Feinholz ist ja auch als Regartfänger ein Münchner Festspielfänger in des Wagners schäblicher Bedeutung. Den Weisen und den Hans Sachs vermögen wir zum Glück noch mit eigenen Kräften zu befehen. Welch ein Gewinn wäre es gewesen, Herrn Feinholz einmal als Holländer zu begreifen, zumal dies einen ihm ebenbürtigen Dand in der Person des Herrn Feinlen gehabt hätten. Den großen Monats des Golländers im ersten Akt, so veränderten die Züricher Redaktionen, hätte man noch nie so ergreifend vorgetragen, wie eben durch Herrn Feinholz.

Schade. — und schade auch um den gähnend leeren ersten Rang von gestern abend. Man scheint der „Abendungen“ und der damit verbundenen zahlreichen mehr oder weniger erfreulichen Debüt doch allgemach etwas müde zu werden. Wäre das Haus morgen Sonntag nicht nur auf der Bühne ein festliches Aussehen zeigen. Der Münchner Weisfänger darf Anspruch darauf machen.

Der Karlsruher Hofkapellmeister Wilhelm Wattermann bezieht in diesen Tagen sein 25jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlaß wird dem ausgezeichneten Künstler nächsten Sonntag in der neuen Festhalle zu Landau i. Pf. ein Ehrenabend gewidmet, an welchem Herr Wattermann als „König“ auftreten wird.

am Mittwoch den Wechsel angekauft und den Betrag an die beiden Schuldner ausgezahlt.

*** Arbeitervereinsfeier.** Unser Wegzuzug auf die unter dieser Spitzmarke kürzlich mitgeteilte Koll über die diesjährige Flottenvereinsfeier teilt uns die Firma Waller u. von Redow, Generalagentur Mannheim der Hamburg-Amerika-Linie mit, daß sowohl in ihren Bureau, L. 14, 15, wie auch in L. 14, 15 Prospekt für diese Fahrt erhältlich sind und Anmeldungen entgegengenommen werden.

*** Die Arbeitslosigkeit** hat einen erheblichen Umfang angenommen. Seitens des Gewerkschaftsverbandes wurde deshalb gestern Nachmittag im Gewerkschaftshaus eine Arbeitslosenversammlung abgehalten, die äußerst stark besucht war. Das Referat hielt Arbeitersekretär Böttcher, der sich über die Ursachen der Arbeitslosigkeit verbreitete und über die Mittel, mit welchen sie zu bekämpfen sei. Die Versammlungsteilnehmer — etwa 400 an Zahl — veranstalteten am Schluß der Versammlung einen Demonstrationszug zum Tiefbauamt, um sich dort in die Liste der Arbeitslosen eintragen zu lassen. Der Zug verlief in vollster Ordnung. Die Polizei hatte keinen Anlaß zum Einschreiten.

*** Aus dem Schöffengericht.** Der Bäckermeister Albert Wegner, welcher erst vor einigen Tagen wegen Nichterfüllung seiner Pflichten zu einer Geldstrafe von 40 Mark bestraft wurde, stand gestern wieder wegen Vergehen gegen das Kinderbühnengesetz vor dem Schöffengericht. Er hatte im September zu 1 Kinder vor dem Vormittagsunterricht mit Bruchgegenständen beschädigt. Um dieselbe Zeit schwebte ein Strafverfahren gegen ihn wegen der gleichen Verletzung. Wegen der vorerwähnten Handlung erhielt er 40 Mark, wegen des unter Anklage stehenden Vergehens 20 Mark Geldstrafe. Auch die Anzeige führte der Angeklagte auf die feindselige Stimmung des im Hause wohnenden Wachtmeisters Baumann zurück.

*** Aus Kadmischhafen.** Das 2 Jahre alte Kind Georg des Fabrikarbeiters Christian Kaiser, wohnhaft Kurze Straße 24, fiel am Donnerstag mittig in den Wasserbehälter der Kasse in der Nähe in einen Kessel siedenden Wassers. Das Kind erlitt demnach Verletzungen, daß es gestern seinen Verletzungen erlag.

*** Natmögliche Wetter** am 19. und 20. Jan. Bei verhältnismäßig milder Temperatur ist für Sonntag und Montag zwar vorübergehend trockenes, aber mehr und mehr bewölkt und schließlich auch zu vereinzelten Regenschauern geeignetes Wetter in Aussicht zu nehmen.

Polizeibericht vom 18. Januar.

Tödtlicher Unfall. Ein 10½ Jahre alter Volksgärtner von hier brach gestern beim Schlittschuhlaufen im Ploßhofen in der Nähe des Elektrizitätswerkes auf dem Eise ein und ertrank. Seine Leiche konnte von einem Retrosen kurz darauf geborgen werden und wurde am den Friedhof beigesetzt.

Unfall. Oberhalb der Reichsbrücke brach gestern nachmittags ein 10 Jahre alter Volksgärtner auf dem Eise ein; er kam jedoch noch rechtzeitig zu 2 Schiffen aus dem Wasser gezogen und in seine elterliche Wohnung verbracht werden. Ähnliche Unfälle ereigneten sich in letzter Zeit mehrfach auf der Eisdecke des Neckars und muß deshalb ernstlich vor dem Betreten derselben gewarnt werden.

Verhaftet wurden 10 Personen, darunter 1 Tagelöhner von Redaran, der in Urlaub der Inhaft einer Badenstraße, ein von der Staatsanwaltschaft Verhaftet wegen Falscherei fälschlich verfertiger Jahrscheine auszustellen, ein von der Staatsanwaltschaft hier wegen schweren Diebstahls verurteilter Spengler von Ströbberg, eine Dienstmagd und ein Kontenr von hier wegen Diebstahls.

Aus dem Großherzogtum.

© Badenburg, 17. Jan. Mit Entschließung Großherzogtum des Innern wurde der bisherige kommissarische Bürgermeister, Herr Hoffmeister, dem Hr. Bezirksamt Lörrach als Revisionsbeamter zugewiesen.

© Friedrichseld, 18. Jan. Eine musikalisch-theatralische Aufführung, die von dem weiblichen Personal der hiesigen Ciertheigwarenfabrik unter Leitung der Vorsteherin Frau Hagmeier am Donnerstag nachmittags in der Restauration zur „Main-Neckar-Bohn“ veranstaltet wurde, nahm einen sehr gelungenen Verlauf. Nachdem Frau Hagmeier die eingeladenen Gäste, worunter sich die beiden Inhaber der Besitz- die Herren Burger und Guldmann, sowie deren Gemahlinnen befanden, begrüßt hatte, wurde das an 12 Nummern bestehende Programm glatt und egsal durchgeführt. Die Mitwirkenden, die sich ihrer Aufgabe völlig gewachsen zeigten, ernteten wohlverdienten reichen Beifall. Nach Abschluß des Programms dankte Herr Burger für die Einladung. Er betonte, daß es ihm freue, daß die Arbeiterinnen auch den besten Bekleidungen sich widmen und schloß mit dem Wunsch, daß das gegenseitige schöne Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer fortbestehen möge zum Wohle für beide Teile. Herr Werkmeister Runinger dankte im Namen der eingeladenen Gäste, gedachte der Fabrik und sprach den Wunsch aus, daß das Personal diese schöne Idee weiter tragen möge.

an, Heidelberg, 17. Jan. Herr Nathan Straus aus Newyork, der im November letzten Jahres hier ein Milchpasteurisierungsinstitut eigenen Sohns eröffnete, über das wir seinerzeit berichteten, ist durch eine Erklärung des Direktors der hiesigen Kinderklinik, Prof. Reetz, die verschiedene Einzelheiten in dem Bericht über die Meerwundererfahrung in der Luisenheilstalt in durchaus ruhiger und sachlicher Weise richtig stellt, verstimmt. Er hat aus diesem Grunde alle Beziehungen zur Luisenheilstalt abgebrochen und verteilt jetzt selbst unentgeltlich pasteurisierte Milch. Wie verlautet, wird Herr Straus, der vor kurzem von der Großherzogin Luise empfangen wurde und auf deren Wunsch ein Institut in Karlsruhe einrichtete, das Feld seiner Tätigkeit von Heidelberg wegverlegt.

© Holzfeld, 18. Jan. Eine tüchtige Kuh besitzt der Landwirt Cyp I hier. Das Tier brachte am 23. Februar d. J. 3 Kälber zur Welt. Die sämtlich gesund blieben. Am 9. Januar d. J. brachte nun dieselbe Kuh wieder zwei Kälber zur Welt, beide schöne und gesunde Tiere.

© Bierheim, 18. Jan. Man nimmt allgemein an, daß der große Brand in Gillingen in der Nacht zum Montag von bösslicher Hand angelegt worden ist. Es heißt, daß das Feuer soll gleichzeitig in drei Schuppen ausbrach. Leider ist der Schaden noch größer, als es zuerst den Anschein hatte. Er beläuft sich auf Geldsuben, Mobiliar, Futter und Fruchtvorräten zusammen auf rund 100 000 Mark.

© Eppenhofen, 15. Jan. Du hast die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Sprüchwort trifft beim hiesigen Viertelfertheil nicht zu, denn die Wirte haben den Bierausschlag wieder rückgängig gemacht.

© Freiburg, 18. Jan. Der Stadtrat hat, um den Arbeitslosen Gelegenheit zur Arbeit zu verschaffen, be-

schlossen einige geeignete städt. Arbeiten durch das Tiefbauamt in Angriff zu nehmen.

© Konstanz, 15. Jan. Der Bürgerausschuß stimmte mit allen gegen 6 Stimmen dem Vorschlage des Stadtrates zu, bei der Amortisationskasse zu Zwecken der Bahn Wyl-Weinselden-Konstanz eine 3proz. auf 10 Jahre unkündbare Anleihe im Betrage von 300 000 Mark zu machen.

Platz, Hessen und Umgebung.

*** Espstein, 17. Jan.** Gestern brannte das dem Gutbesitzer Jean Streffer bezw. dessen Schwiegersohn gehörige Oekonomik-Anwesen vollständig nieder. Von dem Feuer wurden auch zwei Nachbar-Anwesen ergriffen, die jedoch durch Eingreifen der Feuerwehre vor größerem Schaden bewahrt blieben.

*** Weibrücken, 17. Jan.** Eine güttsuchte Verjammung der Wirte von hier und Umgebung verhandelte über Aufschlag des Bieres. Die Verjammung beschloß mit großer Mehrheit, ab 1. Februar einen Bierausschlag eintreten zu lassen und zwar soll der halbe Liter, der bisher 12 Pfg. gekostet hatte, nunmehr zu 15 Pfg. verabreicht werden.

*** Bierheim, 15. Jan.** Der hiesige Gemeinderat hat die Errichtung eines neuen Schulhauses beschlossen. Dieses wird 16 Klassenäle, 2 Zeichenäle, 1 Oberlehrer- und je 1 Lehrer- und 2 Lehrerinnenzimmer, sowie ein Bibliothekszimmer enthalten. Der Kostenvoranschlag beläuft sich auf rund 180 000 Mark. Die von Bauvat Zimmermann-Deppenheim angeführten Pläne fanden einstimmige Annahme.

*** Ring, 16. Jan.** Eine omanfante Geschichte trug sich kürzlich bei einer Kellerkellerei in einem Orte Rheinbestens zu. Als der Kellerkontrollier den Keller eines Landwirts revidierte, fand er auf einem der großen Stößel die bedeutungsvolle Aufschrift angebracht: „Dem Mutigen gehört die Welt!“ Man machte sich der Kontrollierer sofort an die Untersuchung des Weines und siehe da, die Weide war äußerst dünn und mußte Leonstandet werden. Der Wein des „Mutigen“ wurde beschlagnahmt.

Gerichtszeitung.

*** Karlsruhe, 17. Jan.** Der frühere Kassenführer der Erlankenkasse in Baden-Baden, August Gutmann, wurde von der hiesigen Strafkammer wegen Veruntreuung und Unterschlagung im Amte zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten, abzüglich einem Monat Untersuchungsfrist, verurteilt.

Sport.

*** Die Amateurmehrschößt von England im Eislaufen** gelangte auf der Kassischen Mehrschößtsbahn von Langen-Hein bei Gumbrecht zur Entscheidung. An der Mehrschößt, die über eine englische Meile führte, beteiligten sich 17 Kämpfer, unter ihnen der langjährige englische Mehrschößter H. C. Lobbit. Den Sieg errang in der Zeit von 4 Min. 37 Sek. J. W. Die vor H. C. Lobbit und dem zweiten Lobbit. Die gelungene Zeit bildete einen neuen Rekord für England.

*** Der Belg de Monte Carlo,** ein mit 50 000 Francs dotiertes Sürden-Rennen, wurde am Donnerstag in Nizza gelaufen. 9 Pferde stellten sich dem Starter, von denen Herr G. Kebab's „Paris“ überlegen mit einer Länge vor „Sylvette“ und „Hidien Coats“ gewann.

*** Die Radfernfahrt Nürnberg-München,** die im Vorjahre mit sehr günstigen Erfolge in Szene gesetzt wurde, wird in diesem Jahre eine Wiederholung erfahren. Die Disposition soll im Laufe des Juli veranfaßt werden.

*** Eine Automobilausstellung** wird zufolge einem Beschluß der Chambre Syndicale de Automobile auch in diesem Jahre in Paris stattfinden. Die Kommer sollte nämlich in ihrer letzten Sitzung folgende Beschlüsse: 1. Der jährliche Automobilausstellung wird auch in diesem Jahre veranstaltet. 2. Die Aussteller sollen beauftragt werden, weniger Luxus auf ihre Stände zu verwenden. Innerhalb soll die Ausführungs-Kommission den üblichen elevanten Rahmen der Veranstaltung beibehalten. 3. Die Aussteller erhalten als Vergütung für ihre Kosten einen Teil des Ringewanns.

Die Finanzierung der Automobilausstellung im Taunus, deren Anlage ein Kapital von 4½ Millionen Mark erfordert, ist auf Grund eingehender Verhandlungen festgelegt worden. Es wurde beschlossen, Anteilsscheine A. und B. für 2 750 000 Mark und Obligationen für 1 750 000 Mark auszugeben. Von den Anteilsscheinen A. sind je 750 000 Mark der Stadt Frankfurt und dem Bezirksverband zugedacht. Die Gemeinden, durch deren Gebiet die Bahn führt, sollen 250 000 Mark mit Dividendenzugangsanspruch bis ½ Prozent aufbringen. Die Scheine B. im Werte von 1 Million Mark werden zu gleichen Teilen von den deutschen Automobil-Industriellen übernommen.

Wintersport.

*** Für Rodler.** Auf die Belohnungung der Hr. Verkehrsinspektion im Besonderen wird aufmerksam gemacht, monach bei gewissen Zügen für Rodler einzelne Wogen oder Abteile reserviert werden, in die Sportschlitten und auch Schneeschuhe unentgeltlich als Handgepäck mitgenommen werden dürfen, während sonst die Aufficherung dieser Gegenstände als Reisegepäck zu erfolgen hat.

Bei dem Vobdsleighbrennen in St. Moritz errang den ersten Preis Hans Widmer aus Zürich zusammen mit dem Kronprinzen von Dänemark, den zweiten Preis Prinz Heinrich von Reuß, den vierten Preis der deutsche Kronprinz, der seinen Vobdsleighbrennen selbst beehrte. Es starteten insgesamt 20 Schlitten. — Nach der omischen Statistik befinden sich gegenwärtig in St. Moritz etwa 2000 Fremde: d. h. etwa 20 mehr als zur selben Zeit des Vorjahres. Es würden gezählt am 4. Januar: 508 Teutische, 718 Engländer, 279 Schweizer, 109 Franzosen, 75 Holländer, 55 Amerikaner.

*** Deutscher Skierlandweitsprung 1908** gab Kohlgrub. Heber den am 24., 25. und 26. Januar in Tob Achgrub stattfindenden deutschen Skierlandweitsprung hat Prinz Franz von Bayern das Protektolat übernommen.

*** Oberhof i. Thür., 18. Jan.** Die neue Vobdsleighbahn die mit einem Höhenaufstieg von über 5000 M. vom Wintersportverein Oberhof erbaut worden ist, wird am Sonntag den 19. Januar eröffnet. Die Bahn zieht sich in einer Länge von 2 Kilometer am Vobdsberg in nächster Nähe von Oberhof hin, mit einem durchschnittlichen Gefälle von 8 Prozent und einem Höhenunterschied von 165,5 Meter. Zwei Kurven von 15 Meter Radius, die bedeutend überhöht sind, werden an die Gewandtheit und Kaltblütigkeit der Fahrer und Mannschaften die höchsten Anforderungen stellen. Der Vobdsleighbrennen gewinnt in Oberhof immer neue Anhänger, so daß in dem gr. hen internationalen Vobdsleighbrennen um den Goldpokal des Kronprinzen am 31. Januar und 1. Februar ein heiter Kampf sich entspinnen wird.

*** Hülfe beim Rodeln.** Ein junger Kaufmann von Heidelberg, welcher am 15. d. Mts. nach die Badenbahn benutzte, kam beim Rodeln zu Fall und sog sich einen Anteriorhalsbruch zu.

Von Tag zu Tag.

Ermittelte Mörder. Bremen, 17. Jan. Ueber den Mord an der unbekannt vor einiger Zeit auf einer Baue gefundenen Frau Schein die eingehenden Ermittlungen...

Selbstmord. Paris, 17. Jan. Ein kürzlich hier eingetroffener junger Spanier namens Alberto Sada...

Gräßliche Mordtat. Oberhausen, 17. Jan. Als ein österreichischer Bergmann in Osterfeld seine Frau mit einem Kesslgänger überraschte, erschlug er beide mit einem Beile.

Bewusstlos durch Gift. Buenos Aires, 17. Jan. In der argentinischen Stadt Baradero wütete ein furchtbarer Giftfall, dem zahlreiche Menschenleben zum Opfer fielen.

Mysteriöser Todesfall. Petersburg, 17. Jan. Der Adelsmarschall Tschitschirin und die Staatsrätin Schanowa besuchten gemeinsam eine öffentliche Badeanstalt...

Automobilunfall des Großherzogs von Hessen. Darmstadt, 17. Jan. Das Automobil des Großherzogs von Hessen, in dem der Großherzog und Gemahlin und noch zwei Personen sich befanden...

Prof. Kördike †. Bonn, 17. Jan. Geheimrat Dr. Friedrich Kördike, ehem. Professor der Botanik an der Landwirtschaftlichen Akademie ist gestern gestorben.

Der Todeswunsch einer Millionärin. New York, 18. Jan. Die Millionärin Frau Herbert Sears fügte sich in der letzten Nacht aus dem 12. Stock eines fashionablen Hotels auf die Straße und wurde total erschmettert.

Ein Student als Mörder. Wien, 18. Januar. Das Schwurgericht urteilte den früheren Studenten Herrn. Hertha wegen räuberischen Überfalls, begangen am 6. August 1907 an dem Automobilfabrikanten Kraus während seiner Automobilfahrt...

In den Flammen umgekommen. Berlin, den 18. Januar. Dem Berl. Volontär zufolge brannte der Hof des Besitzers Thimien in Siedersgum bei Hadersleben vollständig nieder.

Beim Eislauf verunglückt. Bern, 18. Jan. Beim Schlittschuhlaufen auf dem Doubsflusse extrant der Neuenburger Uhrmachersöhne Schöpf und sein Angehöriger Frey, der ihm Hilfe leisten wollte.

Brand im Gefängnis. Erfurt, 18. Jan. Durch Feueralarm wurde die gestrige Schwurgerichtssitzung um 12 Uhr unterbrochen. Es handelte sich um den Gefängnisbrand in Hammeln, in welchem sich die Zellstofffabrikation befindet...

Verhafteter Mörder. Bremen, 18. Jan. Der Mörder der auf der See ermordeten aufgefundenen Frau M in Bernambuco, Brasilien, verhaftet worden. Er heißt Hoos und ist nicht Amerikaner, sondern Deutscher...

Unglück auf den Reppwerken. Essen, 18. Jan. In der Krupp'schen Fabrik stürzte eine Wagnersplatte um, erschlug einen Arbeiter und verletzte einen zweiten.

Tödliche Typhusfälle. Göttingen, 18. Jan. In Götting brach eine schwere Typhusepidemie aus. Bis her sind 25 Erkrankungen und 5 Todesfälle festgestellt.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

München, 17. Jan. Die Kammer der Abgeordneten genehmigte nach längerer Debatte die von der Regierung geforderten Mittel für den Bau einer elektrischen Hauptbahn mit elektrischem Betrieb von Garmisch-Partenkirchen nach Scharnitz in Tirol.

Gerabronn, 17. Jan. In der heutigen Landtagswahl im Oberamt Gerabronn wurde der Ruppertschmied Wilhelm Augst (Volkspartei) mit 248 Stimmen Mehrheit gewählt.

Christiania, 17. Jan. Die Storchingkommission, an welcher der Vertrag betr. die Integrität Norwegens vermisst war, beschloß einstimmig, bei dem Storching die Annahme des Vertrages zu beantragen.

Die Krisis im Flottenverein.

Stuttgart, 18. Jan. Der Ausschuss des württembergischen Flottenvereins hat in seiner gestrigen Sitzung nahezu einstimmig beschlossen: Das Präsidium des deutschen Flottenvereins ist bei der Wahl des geschäftsführenden Vorsitzenden sagemäßig vorgegangen und diese Wahl steht nicht im Widerspruch mit den Beschlüssen der Kölner Tagung.

gesamten Flottenvereins in Frage gestellt ist, so sollen die Vertreter des württembergischen Flottenvereins ermächtigt sein, in Kasell diejenige Stellung einzunehmen, die am ehesten geeignet ist, die Erhaltung des gesamten Flottenvereins zu ermöglichen.

Die Vorgänge in Marokko.

Alger, 18. Jan. Ein Korrespondent der „Alta. Jg.“ in Tanger telegraphiert unterm 17. d. Mts.: Ein hiesiger Vertreter Mulay Hafids erklärte mir, Mulay Hafid sei durchaus fremdenfeindlich und beabsichtige redlich alle bestehenden Verträge einschließlich der Algecirasakte zu achten.

Die Freisinnigen und die preuß. Wahlrechtsreform.

Berlin, 17. Jan. Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft des preußischen Abgeordnetenhauses hat heute einstimmig den Ausschuss zur Bekämpfung des bestehenden Klassenwahlrechts und der jetzigen Wahlkreisverteilung gewählt und zwar die Abgeordneten Nischke, Goldschmidt, Hoff, Dr. Wadnide, Dr. Müller-Sagan, Dr. Wiemer und Dr. Köpfer-Franfurt a. M.

Nach der „Frankf. Jg.“ ist die Fraktionsgemeinschaft der 3 freisinnigen Parteien im Reichstage infolge der Haltung der preussischen Regierung in der Wahlrechtsfrage nicht bedroht. Die „Frankf. Jg.“ schreibt weiter, wenn der „Reichsbote“ sich melden lasse, die Freisinnigen wollten aus Karger über die Wahlrechtsreform das Zustandekommen des Vereins- und Vorkessengesetzes hindern, um die Legislaturperiode unfruchtbar zu machen.

Zur Arbeiterbewegung.

Berlin, 18. Jan. Auf die seitens des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe erfolgte Majestätskränkung von Tarifverträgen unter gleichzeitiger Befreiung neuer Normaltarife, ist jetzt dem Vorstand des Arbeitgeberbundes durch die Hauptvorstände der betreffenden Arbeiterorganisationen eine Mitteilung zugegangen, worin sie sich bereit erklären, ebenfalls ein neues Vertragsverhältnis einzugehen.

Marokko.

Paris, 17. Jan. Der Depuierter Nibo hat eine Interpellation über die Marokkopolitik angehängt, die mit der von Jomès eingebrachten Interpellation verbunden werden soll.

Die Cholera in der Türkei.

Konstantinopel, 17. Jan. Der unter dem 15. d. Mts. gemeldete choleraartige Fall in Stambul ist von dem französischen Bakteriologen Dr. Kamlinger als Cholera festgestellt worden. Die Vapler der auslaufenden Schiffe erhalten infolgedessen einen entsprechenden Vermerk.

Ins Ausland.

Moskau, 17. Jan. Die Geheimpolizei entdeckt im Brjanskter Kreis des Delowischen Departements einen dort tagenden Kongress von Revolutionären. Es gelang, zwanzig Personen zu verhaften. Revolver, Flinten, Bomben und revolutionäre Litteratur wurden beschlagnahmt.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Berlin, 18. Jan. Aus Bern wird gemeldet, daß die Leontiev, welche im vorigen Jahre den Reniter Müller in Interloden an der Tafel ermordete, aus dem Berner Zuchthaus entlassen und in die Zrennanstalt Münzingen bei Bern verbracht werden mußte, weil sie die ganze Nacht hindurch schrie, die Fenster erschlug und jede Nahrungsaufnahme verweigerte.

Berlin, 18. Jan. Die Jahresversammlung des Bundes der Landwirte findet am Montag den 17. Februar in Zürich statt.

Berlin, 18. Jan. Als Kandidat für die Präsidenschaft im Herrenhause steht das Mitglied des Reichstages Fürst Dohna in Aussicht, der sich auch bereit erklärt hat, die Wahl anzunehmen.

Berlin, 18. Jan. Aus Teheran wird gemeldet: Bei der türkischen Armee soll der Mobilmachungsbefehl erlassen und die Reservisten einberufen worden sein.

Berlin, 18. Jan. Die Neue Pol. Korresp. teilt mit, daß der Entwurf des Gesetzes über die Arbeitskammern nunmehr endgültig fertiggestellt ist und dem Bundesrat in den nächsten Tagen zugehen wird.

Die neuen Steuerentwürfe werden dem Reichstage vor Ende Januar zugehen. Alle bisherigen Einzelmeldungen über den Inhalt der Vorlagen seien unzutreffend; ebenso entsprächen die neuerlichen Mitteilungen darüber, was in Sachen der Branntweinvorlage geplant sei, falls der Reichstag sie in der dem Bundesrat zur Zeit vorliegenden Fassung ablehnen werde, in keiner Weise den Tatsachen.

Zum Tode des Großherzogs von Toskana.

Berlin, 18. Jan. Aus Salzburg wird gemeldet: Heute erfolgt die Eröffnung des Testaments des Großherzogs von Toskana. Man ist gespannt, ob der verstorbene Großherzog die staatsrechtlichen Ansprüche auf Toskana auf seinen Sohn Joseph, der aktiver österreichischer Offizier ist, übertragen hat.

Drahtnachrichten unseres Londoner Bureaus.

London, 18. Jan. Die Blätter melden, es sei so gut wie sicher, daß es in Manchester zu keiner Auslieferung in der Baumwollindustrie komme. Die Arbeiter sind entschlossen nachzugeben und die Arbeitgeber haben die Entlassung von Arbeitern zurückgezogen.

Die nordische Frage.

London, 18. Jan. Der Berliner Korrespondent der „Daily Graphic, Lucien Wolf, schickt seinem Blatte ein Telegramm über die Verhandlung der Mächte in der nordischen Frage. Bekanntlich handelt es sich darum, die Aufrechterhaltung des Status quo in der Ostsee und Nordsee durch Verträge der anliegenden Mächte zu garantieren.

Der heilige Krieg wird gepredigt.

London, 18. Jan. Die „Morning Post“ meldet aus Tanger: In Marokko ist in den Moscheen der heilige Krieg gepredigt worden und durch Ausläufer wurde die Verkündigung auf den Märkten und Straßen ausgerufen. Mehrere Stämme aus der Umgegend haben sich erhoben, um Mulay Hafid auf seinem Marsch nach Fez zu folgen.

Volkswirtschaft.

Der Verein für Schifffahrt auf dem Oberrhein zu Basel hat beschlossen, die Personenfahrten von Basel rheinaufwärts mit den Stationen Waldhaus, Schwengethal, Rheinfelden im kommenden April wieder aufzunehmen. Das bisherige Vereinsorgan „Die Rheinschiffen“ wird erweitert, da es in Zukunft auch der internationalen Vereinigung für die Schiffvermittlung des Oberrheins bis zum Bodensee mit Sitz in Konstanz und der ostschweizerischen analogen Vereinigung mit Sitz in Rorschach als Organ dienen soll.

Konjunkturrisiko. H. G. in Kumbach. Die Generalversammlung genehmigte die Anträge der Verwaltung, insbesondere die Verteilung von 4 Proz. Zinsen auf die Gewerkschaften, von 1 Prozent Dividende auf die Aktien.

Zahlungseinstellung. Ueber das Vermögen der Firma Erbe Heideberger Dampfmaschinen- und Maschinenbau in Hohenheim, Arcader, Schilf- und Hofler, offene Handelsgesellschaft in Hohenheim, wurde das Konkursverfahren eröffnet.

Wasserstandsberichte im Monat Januar.

Table with columns: Pegelstationen vom Rhein, Datum (13, 14, 15, 16, 17, 18), and Bemerkungen. Rows include Konstanz, Waldshut, Sünzingen, Sehl, Lauterburg, Rogau, Gernersheim, Mannheim, Mainz, Bingen, Raab, Koblenz, Köln, Ruhrort, and stations from the Neckar.

Verantwortlich:

Für Politik: Dr. Fritz Goldenbaum; für Kunst, Revue und Vermischtes: Alfred Beckhagen; für Lokales, Provinziales u. Gerichtszeitung: Aug. Schönfelder; für Volkswirtschaft u. den übrigen redaktionellen Teil: Karl Wjfel; für den Inseratenteil und Geschäftliches: Franz Kircher. Druck und Verlag der Dr. G. Haas'schen Buchdruckerei, G. u. L. S.; Direktor: Ernst Müller.

Stenographischer Reichstagsbericht

des

Mannheimer Generalanzeigers

Deutscher Reichstag.

92. Sitzung, Freitag, 17. Januar.

Im Saale des Bundesrats: v. Weichmann-Gollweg, Caspar, Haller.

Das Haus ist schwach besetzt.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Die Knappschaftsinterpellationen.

Die gestern nach der Begründungsrede des Abg. Weichmann (Wirtsh.) abgebrochene Verhandlung der Interpellationen der wirtschaftlichen Vereinigung, des Zentrums und der Sozialdemokratie über die Knappschaftsreform und das Scheitern des Statuts im Doctumunder Oberbergamtsbezirk wird fortgesetzt.

Abg. Schiffer (Nrn.): In früheren Zeiten hingen die Bergknappen mit Stolz an ihrem Beruf. Im Ruhrrevier waren sie eingesehene Bürger ihrer Heimat und ihrer Industrie. Vieles ist anders geworden. Von einer Bevorzugung gegenüber der übrigen Arbeiterschaft ist nicht mehr die Rede, eher vom Gegenteil. Niemand hätte daran gedacht, daß das Knappschaftsgesetz von 1865, das im Oberbergamtsbezirk Dortmund für eine Bergschicht von 40 000 Mann Geltung hatte, Geltung behalten und sogar noch verschärft werden würde für eine Arbeiterschaft im 20. Jahrhundert, die im Ruhrrevier im vorigen Jahre 178 710 Mann zählte und eine Förderung im zehnjährigen Betriebe von 672 Millionen Mark erzielte, und in einer ganz anderen Weise, bei einer ganz anderen Temperatur arbeiten muß. Aus aller Herren Länder haben die Unternehmer seit der Arbeiterberaumung. Die ganze Entwicklung ist nicht über Nacht gekommen; man hätte Zeit und Mühe gehabt, rechtzeitig einzugreifen, die Berggesetzgebung entsprechend den neuen Verhältnissen zu gestalten. Aber man hat 40 Jahre des wirtschaftlichen und industriellen Aufschwungs vorübergehen lassen, ohne auf die Wünsche und berechtigten Forderungen des Bergarbeitersandes Rücksicht zu nehmen. Die impulsivsten, sichereschweren allgemeinen Bergarbeiterkreise 1889 und 1893 sind die Folgen davon. Wie bitter wurden die Bergleute nach Beendigung des letzten Reichstags mit ihrer Hoffnung auf die preussische Regierung und Gesetzgebung enttäuscht; zunächst durch die Berggesetznovelle von 1905, die im Landtag sogar derart verschlechtert wurde, daß die Rheinisch-Westfälische Zeitung die Regierung häßlich fragte, ob sie ihren gerufenen Vogel noch wiedererkennen könne. Dann kam 1906 die Reform des preussischen Knappschaftsgesetzes, und auch hier verschlechterte eine reaktionäre Mehrheit im Abgeordnetenhaus den Regierungsentwurf. Das Zentrum hat große Mühe gehabt, weitere Verschlechterungen zu verhindern. Der Ruhrbergleute Kommando hat eine Erbitterung und Erregung, die durch die jüngsten Vorgänge noch erhöht worden ist. Wenn es jetzt nicht zum Streik kommt, dann ist die Jurisdiktion der Bergleute fast allein zurückzuführen auf die wachsende Konjunktur und die Maßnahmen der Organisationsführer. Der Stillstand in der Knappschaftsgesetzgebung war umso weniger gerechtfertigt, als die Steigerung der Krankheitsfälle die der Produktion zum großen Teil weit überwiegen hat. Das Dienstjahr der Bergleute ist allein von 1902 bis 1905 von 22,4 auf 19,7 Jahre zurückgegangen, das Lebensalter der Javalisten in den letzten 10 Jahren von 48,6 auf 43 Jahre. Auf dem Gebiete des Bergarbeiterstandes ist nämlich zu wenig geschehen. Über 10 Millionen Arbeiter wurden 1906 im Ruhrrevier verfahren. Unter den Augen der Aufsichtsbörden wirtschaftete ein großer Teil der 70 privilegierten Knappschaftsvereine nach Guldäulen. In den letzten 12 Jahren haben die Werksbesitzer allein im Bochumer Verein an Material 55 Millionen Mark zu wenig bezahlt, nach amtlichen Material, und ein Mathematiker hat der Regierung sogar 80 Millionen vorgerechnet. Die Arbeitgeber im Ruhrbergbau hatten es doch wirklich dazu bei der Kohlenpreissen. Auf über 300 Millionen wurde 1905 die Schuldenlast der 72 Knappschaftskassen geschätzt. Der preussische Entwurf brachte eine Reihe Verbesserungen. Die Bergleute erkannten den guten Willen der Regierung an, aber was haben die ausschlaggebenden Parteien daraus gemacht?

Der Rechner geht auf die Bestimmungen näher ein, und betont besonders die Entziehung des Kindergeldes. Die Bergleute haben in konsequenter Weise nur das erhalten wollen, was sie von ihren Vätern ererbt haben. Von Position zu Position sind sie zurückgegangen um eine Einigung zu ermöglichen und dem Vermittlungsausschuss der Regierungsvorsteher näher zu kommen. In zwei Wochen nach der Regierungsvorsteher hat die Unternehmung abgelehnt, ist schließlich das Zustandekommen des Statuts gescheitert. Die Unternehmenspresse hat behauptet, daß das Statut den Bergleuten ohnehin eine Rechtsbelastung von 7 1/2 bis 8 Millionen auferlegt hätte; aber die Arbeiter hätten an dieser Erhöhung eblich mitzutragen gehabt. Die Unternehmer behaupten, eine noch höhere Belastung könne der Bergbau nicht vertragen. Daraus kann sich jeder nach den Kohlenpreisen selbst einen Verdacht machen. Alles das spricht für eine reichsgesetzliche Regelung des Knappschaftswesens. Der Rechner führt die in den früheren Debatten schon eingehend behandelten Gründe hierfür an. Das Verlangen nach reichsgesetzlicher Regelung müssen wir doppelt stellen, nach den Erfahrungen mit der preussischen Berggesetzgebung. Wir haben kein Vertrauen mehr zum Dreiklassenparlament. Wir glauben nicht mehr daran, daß der preussische Landtag zur Schaffung eines brauchbaren sozialen Gesetzes fähig ist; zum deutschen Reichstag haben wir entschieden mehr Vertrauen und auch zu den verbündeten Regierungen. In der preussischen Staatsregierung sehen wir seit Jahren den Welter aller Hindernisse. Wir werden bei der Beratung der Gewerkschaften einen energischen Vorstoß unternehmen, um die Bergarbeiter unter den Schutz der Gewerbeordnung zu bringen. Schiffer beendet seine grundsätzliche Rede unter lebhaftem Beifall des Zentrums.

Abg. Que (Soz.) begründet die Interpellation der Sozialdemokraten, die gleichfalls auf ein allgemeines Reichsberggesetz abzielt. Wir sind seit jeder für ein Reichsberggesetz eingetreten. Wir werden uns aber vorläufig befassen, wenn das Knappschaftswesen wenigstens geregelt wird. Eine Landesgesetzgebung ist ganz ausreichend, das haben sogar Bismarck, Kapff und Wiemer eingesehen, als sie 1905 gegen das preussische Berggesetz stimmten. Und das will viel sagen! (Beifall.) Steine statt Brot hat man uns mit diesem Gesetz gegeben. Que hält dem Zentrum seine schwankende Haltung in der Frage der reichsgesetzlichen Regelung des Bergwesens vor. Einzelne Rechner hätten sich sogar direkt daneben ausgedrückt. (Graberger

ruff: für ihre Person!) Das können wir, so heißt's immer beim Zentrum. (Beifall.) Die Mehrheit des Reichstages stand in diesen Verträgen in den letzten Jahren stets hinter uns. Das stimmt aber die Reichsregierung wenig. Wir haben kein Vertrauen zu dieser Regierung, die von Preußen beeinflusst ist. Sie mag es nicht, den Reichsbürgern zu Liebe zu gehen. (Zustimmung der Soz.) Selbst christlich-nationale Blätter haben gegen die Gesetzgebungsreform des Dreiklassenparlaments Protest erhoben. (Hört! Hört! bei den Soz.) Was der Reichstag in ein Gesetz Verbesserungen hineinbringen, dann wird die Vorlage für die Regierung gleich unannehmbar. Im preussischen Abgeordnetenhaus werden aber die Regierungsentwürfe gerupft und zerstückelt, so daß die Regierung ihren Vogel gar nicht mehr wieder erkennt. Trotzdem hat die preussische Regierung diesen gerupften Vogel adoptiert als ihr Kind. (Beifall.) Aus Furcht vor den Reichsbürgern wagt sie nicht, das zu tun, was das öffentliche Gewissen fordert. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Schon vor 50 Jahren haben sich die Arbeiter im Ruhrrevier gegen das Knappschaftstatut empört. Es kam zu Annullationen und es mußte Solizei herbeigeholt werden. Damals gab es noch keine Sozialdemokraten, das waren keine roten Revolutionäre. Die Knappschaftskassen sind vollständig in die Hände der Unternehmer gekommen, eine Reihe von ihnen ist durch die Grubenmagnaten finanziell ruiniert, und jetzt muten die nationalliberalen Herren den Arbeitern noch zu, sich Abzüge von ihren Krankenkassengeldern gefallen zu lassen. Que befragt in langen Ausführungen die Knappschaftsreform und die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses. Bei seinen Ausführungen auf das Verhalten der „reaktionären Mehrheit“ verweist ihn Vizepräsident Dr. Baasche auf das zur Verhandlung liegende Interpellationsthema. Er fährt fort: Wäre der säkularisierte Bundesratsherr Fischer da, so würde er zugeben müssen, daß durch Bundesrecht selbst Wohlthaten, die den Bergarbeitern reichsgesetzlich zuteil werden, dort erhalten werden. Also fort mit der reichsgesetzlichen Regelung des Knappschaftswesens! Que befragt die Bergbehörde das Recht, Annullationen einzuführen. Er befragt den ganzen Streik als eine Nachfrage der Unternehmer, denen konnte es auf die paar Hunderttausend Mark nicht an, sondern auf das Prinzip. Das Lebensalter der Bergleute sinkt ständig und droht noch mehr herabzugehen. Den Nationalliberalen schmeißt er die Anklage ins Gesicht, daß sie davon Schuld sind, wenn wir in eine solche Krise hineinkommen. (Beifall der Soz.) Im Ruhrgebiet herrschen schon geradezu amerikanische Zustände. Jetzt muß der Reichstag dem Bergmann helfen. Der Bergmann ist es, der der Menschheit Wohlthaten und Bequemlichkeit verschafft. Stellen Sie ihn vor der Berggesetzgebung! (Beifall der Soz.)

Staatssekretär v. Weichmann-Gollweg: Dem Herrn Reichstagslangler sind die Verhältnisse bekannt, welche das Zustandekommen des Knappschaftstatuts im Oberbergamtsbezirk Dortmund vereitelt und die preussische Bergverwaltung sehr durch ihren Willen gehindert haben, ein Knappschaftstatut zu erlassen. Auf diese Verhältnisse im einzelnen einzugehen, muß ich mir verweigern, da es sich um die Ausführung eines preussischen Gesetzes handelt, und dem Reichstagslangler in dieser Beziehung irgend ein Eingriff nicht zusteht. Wenn ich aber etwas bemerken darf, so wird das Scheitern des Knappschaftstatuts wohl auf allen Seiten gleichmäßig bedauert, und ich möchte das tieferen noch sagen, daß, wenn es richtig ist, daß an dem Scheitern des Statuts eine Mitschuld liegt, daß es von beiden Seiten, betrieben worden ist — ich sage, wenn dies richtig sein sollte, so würde ich es doppelt bedauern, daß eine Mitschuld von einem unbedeutenden Differenzpunkt bei einer Gelegenheit veranlaßt worden ist, die nicht verglichen werden kann etwa mit einem vorübergehenden Lohntamp, sondern die der es sich darum handelt, die Grundlage für einen dauernden Zustand zu etablieren. Ich möchte meinerseits die Hoffnung nicht aufgeben, daß eine Rekonvaleszenz des Standpunktes, der bei dieser Gelegenheit von den beiden Seiten eingenommen worden ist, dazu führen wird, die Angelegenheit noch in einer anderen Weise zu lösen, als es bisher möglich gewesen ist. Ich kann im übrigen auf die sehr eingehende Kritik, die namentlich von den heutigen Herren Rednern an den preussischen Zuständen — auf die hat sich ja die Diskussion bisher eigentlich beschränkt — geübt worden ist, nicht eingehen. Täte ich das, so würde ich meinerseits eine Kritik an der Gesetzgebung und an der Verwaltung eines Einzelstaates üben müssen. (Hört! Hört!) Eine Kritik nach der einen oder anderen Seite — nehmen Sie doch nicht an, daß jede Kritik abspöndelnd sein muß, wir sind ja allerdings gewohnt, in der Kritik nur das Negative zu erblicken — ich will in dieser Sache nichts sagen. Aber wenn ich auf die Dinge eingehen würde, würde ich Stellung nehmen zu der Gesetzgebung und Verwaltung eines Einzelstaates. In einer Materie, die durch Reichsgesetz und Reichsverfassung ausdrücklich den Einzelstaaten überlassen worden ist. (Sehr richtig!) Das ist nicht richtig, darauf kann sich die Reichsregierung nicht einlassen.

Ich habe also eine viel schwerere Position als die Interpellanten, die auf die reichsgesetzlichen Gesichtspunkte zum Teil mit sehr kurzen Worten nur eingegangen sind, und die ihre Ausführungen darauf beschränkt haben, die Verhältnisse in Einzelstaaten zu kritisieren. Bei der Sachlage bin ich geneigt, die politischen Momente aus den vorliegenden drei Interpellationen herauszugreifen, soweit sie die Reichsgesetzgebung betreffen und nur zu ihnen Stellung zu nehmen. Allen drei Interpellationen ist das gemeinsam, daß sie bei Schäden, die die Interpellanten im Knappschafts- und Bergwesen der Einzelstaaten beobachtet haben, das Eingreifen der Reichsgesetzgebung fordern. Grundsätzlich unstrittig ist den schwersten Bedenken, sofort nach der Reichsgesetzgebung zu rufen, sobald einem die Verhältnisse eines Einzelstaates auf einem Gebiete, auf dem dieser Einzelstaat souverän ist, nicht gefallen, oder sobald das Parlament und die Regierung dieses Einzelstaates dem Kritiker nicht gefallen. Ginge das, so bestritten wir einen Weg, der seinen Ausgangspunkt nicht mehr in unserer verfassungsmäßigen Grundvorlage nimmt, und der zu einem Ziel führen würde, das vollkommen unabweisbar ist. (Sehr richtig!) Die Berggesetzgebung einschließlich des Knappschaftswesens unterliegt der einzelstaatlichen Gesetzgebung. Das wird von den Herren Interpellanten teilweise bestritten. Die gesetzgebenden Instanzen des Reichs, Bundesrat und Reichstag, haben sich bei einer so wichtigen Gelegenheit wie dem Erlaß des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Einführungsgesetzes dazu auf den Standpunkt gestellt, daß es richtig sei, das Bergrecht den Einzelstaaten zu belassen. Der Bundesrat hat bis in die letzten Jahre an diesem Standpunkt festgehalten, und ich bin nicht in der Lage, dem Hause in Aussicht zu stellen, daß er von diesem Standpunkt abzuweichen wird. (Hört, Hört!) Daß das Reich diesen Standpunkt bisher eingenommen hat, ist durchaus historisch begründet. Es ist bei dem Erlaß des Ein-

führungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom Staatssekretär des Reichsjustiziums femerest auch darauf hingewiesen worden, daß das Bergrecht eine Reihe von öffentlichen Rechten polizeilicher Materie umfasse, in denen nach der Reichsverfassung das Reich nicht zuständig ist.

Nun die Interpellationen im speziellen! Die der Sozialdemokraten verlangt eine Aenderung des Krankenversicherungs-Gesetzes. Ich habe den Ausführungen des Herrn Que leider nicht entnehmen können, in welcher Beziehung. Ich nehme an, daß die geheime Wahl gemeint ist. Nun ist die geheime Wahl allerdings in dem preussischen Knappschaftsgesetz nicht enthalten, wohl aber ist sie bei den durch § 8 bis 10 des Invaliden-Versicherungsgesetzes zugelassenen besonderen Klassen eingeführt, und von den 700 000 deutschen Bergarbeitern ist sie für 400 000 gültig. (Que ruff: Bei wieviel Klassen?) Jedenfalls besteht sie für die Mehrzahl der Bergarbeiter. (Zustimmung, Lärme bei den Soz., Juruse.) Ich höre den Ruf, man will der preussischen Bergverwaltung nicht zu neuen tollen Gut, das erinnert mich an etwas, was ich vorher dargelegt habe. Herr Que hat gemeint, die preussische Regierung sei ja vielleicht noch etwas liberaler in diesen Dingen als das Parlament, aber sie habe die besten Vorschläge nicht durchgeführt aus Angst vor den Reichsberwaltungsorganen. Er hat auch mit dem Worte „Korruption“ gespielt. Er hat gesagt, Korruption wolle er nicht vorwerfen, aber er hat das Wort mehrmals gebraucht. Wenn er das nicht will, dann würde es besser gemeint, es überhaupt aus dem Spiel zu lassen. (Sehr gut!) Und im übrigen erlaube ich mir, für die preussische Regierung hier zu erklären, daß sie ihre Politik aus Angst vor niemand fürcht! (Beifall der Sozialdemokraten, Gelächter der Soz., erneute Beifallfundegebung auf der rechten.) Zum Beweis seiner Behauptungen hat Herr Que auf Vorgänge aus der preussischen Berggesetzkommission im Abgeordnetenhaus Bezug genommen. Wie sind diese Vorgänge nicht bekannt. (Que ruff: Wahr sind sie!) Ich sage ja nur, daß sie mir nicht bekannt sind; wären sie mir bekannt, dann würde ich nicht darüber zu sprechen haben, wenn sie mir als vertraulich bekannt wären.

Die dritte Interpellation wünscht Verbesserungen im Knappschaftswesen für die Annullen, Witwen und Waisen der Bergleute. Ich habe nicht genau entnehmen können, nach welcher Richtung hin hier eine reichsgesetzliche Regelung erfolgen soll. Gegenwärtig ist der Standpunkt bekanntlich der, daß den Bergarbeitern die reichsgesetzlichen Verbesserungsmaßnahmen gesichert sind wie jedem anderen Arbeiter, daß die Verbesserungen angedeutet werden kann zum Teil bei berechtigtlichen Organisationen unter gewissen Modalitäten, daß die Organisationen dieser Knappschaftlichen Organe von der Reichsregierung nicht berührt werden und daß die Gewährung von Renten über die reichsgesetzlichen Renten hinaus der Landesgesetzgebung vorbehalten sind. Wollten wir die Sache in die Hand nehmen, so würden wir es schließlich nicht anders machen können, als es jetzt geschieht. Und was würde die Folge sein? Wenn wir in einem Reichsgesetz die Verbesserungen der Knappschaftskassen ähnlich oder etwas höher als im preussischen Gesetz festsetzen, dann müßten darum noch Verhandlungen zwischen den Reichsteilen und den Einzelstaaten zum Erlaß eines freien Statuts stattfinden. Wir hätten also einen Zustand, wie wir ihn jetzt in Preußen haben. Eine Einigung zwischen den Reichsteilen und den Einzelstaaten muß immer stattfinden. Ich glaube nicht, daß wir den Zustand durch Reichsgesetz irgendeine verbessern können. Das Reich heißt dem Bergwesen praktisch viel mehr als die Einzelstaaten und unsere Einzelstaaten sind große Vergewaltiger. Ihre Verwaltungen — und das werden wir auch die Sozialdemokraten unter vier Augen zugeben — geben sich Mühe, für die Interessen der Arbeiter zu sorgen. Und sie haben auch manche Erfolge dabei erzielt. Denken Sie an die Soargruben (No, mal bei den Soz.), da ist manches Gute geschaffen. (Hört der Soz.: Aber aus manchem Traurige!) Es würde den Einzelstaaten viel besser glücken, als den Reichsbergsorganen, ein Statut zustande zu bringen. Wir haben keine Reichsbergverwaltung. Ich kenne mir ja praktische Vergleiche heranziehen; ihre Arbeit würde aber immer in gewissem Sinne am grünen Tisch gescheitert werden, sie würden verfallen und verdröhern und nicht diejenige Haltung mit dem praktischen Leben behalten, die absolut notwendig ist. (Sehr wahr! richtig.) Ich glaube daher, ohne damit lösen zu wollen, daß ich Kritik an der Bedeutung und an den Sorgen des Bergarbeitersandes vorübergehe, daß es in einem Moment, wo die Staaten mit dem größten Vergewaltigen an eine Rebellion ihrer Gesetzgebung herangehen sind, es wohl gerechtfertigt wäre, die Entscheidung dieser Revision abzuwarten. (Que ruff: Nach wieviel?) Nach Herrn Que hat das preussische Berggesetz 50 Jahre lang regniert. Von den letzten Jahren können Sie doch nicht behaupten, daß die preussische Bergverwaltung unzulänglich gewesen ist. Sie hat ihre Verhältnisse neu geordnet, das ist nicht zu bestreiten und von Sachheit. Die Interpellanten bekommen die ganze Konstruktion des Reiches. (Sehr richtig! richtig) und davon sollte man sich halten. Geübt werden wir alle das Bestreben haben, für den Bergarbeiterstand, der unter besonderen und schwierigen Verhältnissen arbeitet und ein so großes Kontingent unserer Reichsteile anmacht, zu sorgen. Aber den Einzelstaaten die Möglichkeit und den Willen pure abzusprechen, dort Verbesserung zu schaffen und deshalb zu sagen: weil sie uns nicht helfen, wollen wir es von Reich wegen machen, das ist ein Weg, den ich nicht gehen kann. (Beifall der Sozialdemokraten.)

Auf Antrag des Abg. Nordhardt (Wirtsh. Bgg.) tritt man gegen die Stimmen der Konserverativen in die Besprechung ein.

Abg. Dr. Osann (Nrn.): Mag man auch diese Materie lediglich als ein preussisches Gesetz betrachten, mag sie auch durch eine künstliche Art der Bundesführung vor den Reichstag gebracht worden sein, sie betrifft doch das allgemeine Interesse, dem wir uns nicht entziehen können. Ich begrüße die Interpellation, weil sie den Arbeitervertretern — ich spreche nicht allein von den sozialdemokratischen — die ja im preussischen Abgeordnetenhaus nicht vertreten sind, Gelegenheit gibt, ihre Ansichten über das preussische Berggesetz auszusprechen. (Beifall links.) Es wäre von der Regierung konsequenter gewesen, wenn sie auf die Einzelheiten der Interpellation eingegangen wäre. Es macht mich an einen früheren Eindruck, wenn eine solche Frage von allgemeiner Bedeutung von der Regierungseite nicht eingehend erörtert wird. Für das preussische Berggesetz sind nicht allein die Konserverativen und die nationalliberalen Reaktionen verantwortlich, sondern auch das Zentrum. Man sollte auch die Wünsche des Gesetzes nicht vergessen. Jedoch hat unser verstorbenerr Abg. Hammer schon im Jahre 1898 sich mit aller Entschiedenheit für ein allgemeines Reichsberggesetz ausgesprochen.

Ein Reichsgesetz hat keine große Bedeutung, nicht allein wegen der einheitlichen Regelung der Bergpolitik, sondern auch wegen der Arbeiter selbst. Denn besteht innerhalb der Provinzen

Preußens völlige Freizügigkeit für die Arbeiter, aber nicht im gesamten Reich. Das Knappschaftswesen ist die Grundlage der sozialpolitischen Gesetzgebung. Deshalb muß es auch eine einheitliche Regelung geben, nun für das ganze Deutsche Reich ein einheitliches Gesetz zu schaffen. Aus diesem Grunde habe ich im Namen meiner Partei zu erklären, daß wir es für das Beste und richtigste halten, diese ganze Materie einschließlich der Arbeiterversicherung auf reichsweites Gebiet zu legen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Den Arbeitgebern hat keineswegs am Herzen gelegen, das Knappschaftswesen zu Fall zu bringen, wie es nach den Schilderungen des Abg. Dr. (Seiner) müßte; er kann allerdings nicht objektiv genommen werden, da er zur Sicherungskommission gehört hat, deren letzten Vorschläge die Sicherung des Statuts herbeiführt haben. Glauben Sie denn wirklich, daß die Arbeitgeber so unheimlich gewesen sein würden, die Vorteile eines solchen Statuts für die Arbeiter nicht einzusehen, sobald sie in dem letzten Moment zurückgegangen wären, um den Arbeitern das nicht zu geben, was für ihnen vorher bewilligt und zugesprochen hatten? Die Vergewaltiger haben erhebliche Konzeptionen gemacht. Sie haben nur infolge der Verhandlungen unglücklich geführt, als sie gleich von vornherein die äußerste Grenze ihrer Konzeptionen ansetzten. Das hat auf Seiten der Arbeiter den Gedanken hervorgerufen, daß die Vergewaltiger eine Nachprobe voranzutreiben wollten. Die Vergewaltiger haben aber trotzdem noch nachher in den Verhandlungen nachgegeben.

Es war auch zu einer Einigung gekommen dadurch, daß die Vergewaltiger den Vorschlägen des Vertreters des deutschen Handelsministeriums entsprechend noch einen weiteren Schritt den Vergewaltigern gegenüber taten. Die Vergewaltiger hatten an sich schon den gesetzlichen Bestimmungen durchaus entsprochen. Nach den gesetzlichen Vorschriften wäre eine Änderung des Statuts gar nicht notwendig gewesen. Trotzdem kamen sie den Arbeitern entgegen. Zum Beispiel erhöhten sie das Sterbegehalt von 80 auf 90 Mk., die erste Invalidenrente sollte nicht auf die Reichsrente angerechnet werden. Nach dem früheren Statut war ein Abzug hier möglich. Das sollte zu Gunsten der Arbeiter wegfallen. Auch die rückwirkende Kraft für Invaliden vor dem 31. Dezember 1907 sollte kommen. Nur beim Hintergeld konnte man sich nicht einigen. Die Arbeiter waren aber auch schon hier mit den Vorschlägen der Arbeitgeber einverstanden. Die Vertreter der Sicherungskommission wollten nur noch mal ihre Organisationen fragen. Nachdem sie das getan hatten, kam ein erneuter Antrag, der das Scheitern des Knappschaftswesens herbeiführte. Das mußte auf die Vergewaltiger den Eindruck machen, als wollten die Sicherungskommission das Statut zu Fall bringen. Die Organisationen verlangten auch öffentliche Abstimmung, obwohl doch sonst die Herren von der Sozialdemokratie die öffentliche Abstimmung als etwas Unschickliches ansehen. Mit der öffentlichen Abstimmung wollte man aber die Reihen kontrollieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin auch der Heberzeugung, daß bei einer anderen Art der Abstimmung das Statut zur Annahme gekommen wäre.

Ich will von dieser Stelle meinem tiefsten Bedauern Ausdruck geben, zugleich im Namen meiner Fraktion, daß die Verhandlungen über das Statut gescheitert sind, daß eine Einigung nicht erzielt wurde. Die Kosten von 200 000 Mk. jährlich haben aber die Arbeitgeber keineswegs brennend, eine solche Stellung einzunehmen. Beide Seiten waren in Mißverständnissen befangen, beide glaubten, man wollte

ihnen das neue Statut aufzwingen. Wäre dieses Mißverständnis beseitigt worden, dann wäre eine Einigung erzielt worden. Ich bedaure, daß die Verhandlungen keine Fortsetzung gefunden haben auf Grund der bereits geleisteten Arbeit. Ich will nicht Del ins Feuer ziehen, oder Sturm läsen, was es notwendig ist, das Frieden herrscht. Wir wollen nicht lächerlich sein, wenn es gilt, eine für Arbeitgeber und Arbeiter gleich wichtige Vorlage ins Leben zu rufen. Wir wollen verstanden, die Zustimmung und Erregung der Arbeiter zu belegen, die schon einen Streit befürchten ließ. Wenn man Licht und Schatten gleichmäßig verteilt, dann darf man nicht nur den großen Arbeitgebern einen Vorwurf machen, sondern auch den Arbeitern Schuld zumessen. Nicht nur die Arbeitgeber sind hohnmüde gewesen, sondern alle von den Arbeitern. Und doch gewährleistet das neue Statut ihnen große Vorteile. Einen praktischen Wert wird die Vorrede im Reichstage nur dann haben, wenn wir die bestehenden Gegenstände nicht erweitern, sondern sie zu belegen suchen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wir beurteilen weder die Arbeitgeber noch die Arbeitnehmer. Der Vertreter des Handelsministeriums hat seine Vermittlerrolle in ganz ausgezeichnete Weise geführt. Nach unserer Meinung sollte man eine parlamentarische Kommission zur Schaffung des Statuts einlegen. Das endlich Frieden eintritt, ist der einmütige Wunsch unserer ganzen Reichstagsfraktion. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Preussischer Geheimrat Weicker geht auf die Vorwürfe des sozialdemokratischen Redners wegen Unregelmäßigkeiten beim Kassen ein. Er weist die Bedeutung, daß die preussische Regierung der Öffentlichkeit falsche Zahlen darüber mitgeteilt habe, auf das allerentschiedenste zurück. Allerdings sei in einigen Fällen d. h. bezüglich des gestellten. Nun haben wir allerdings später der Kommission des Abgeordnetenhauses vertraulich mitgeteilt (Hört! hört! bei den Soz.) Ich habe durchaus keinen Anlaß, das zu verkümmern — das auf einzelnen Gruben bis zu 25 Proz. gestiegen sei. Wir wären gar nicht berechtigt, derartige Mitteilungen, die rein private Dinge betreffen, der Öffentlichkeit zu übermitteln. Geht der (bei den Soz.) handelt es sich hier um ein irgend welche bergbauamtliche Dinge? Das sind doch rein wirtschaftliche Sachen. (Sehr richtig!) Der Handelsminister ist gar nicht berechtigt, derartige wirtschaftliche Dinge von einzelnen Gruben zu veröffentlichen. Dann hätten wir aber auch noch einen anderen Grund; wir wollten dadurch die Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die damals schon so bedenklich waren, nicht noch verneuern. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Abg. v. Brockhausen (Soz.): Die Erklärung des Staatssekretärs hat uns befriedigt, so daß wir keinen Anlaß haben, auf die Interpellationen näher einzugehen. Auch glauben wir, wichtigere Dinge bei der gegenwärtigen Beschäftigung zu erledigen zu haben. Darum haben wir gegen die Besprechung der Interpellation gestimmt. Wir haben heute von den Interpellanten ein alles bekanntes Bild gehört. Es war ein Hebelzug gegen Preußen, gegen die preussische Regierung und gegen das preussische Parlament. (Sehr richtig! bei den Soz.) Preußen hat es an Mitteln zur Reorganisation des Knappschaftswesens nicht fehlen lassen. Der preussische Landtag hat heiß dabei sich von der Achtung vor den berechtigten Interessen aller Beteiligten leiten lassen. Er hat das Prinzip des Herrscherhauses, "Neben das Seine" sich zu eigen gemacht. Die preussische Gesetzgebung ist

immer zum Wohle der minderbemittelten Klassen ausgefallen. (Gelächter der Soz.; sehr richtig! bei den Soz.) Nur durch die weitläufige Politik Preußens, die zur Vertiefung der Wirtschaft geführt hat, ist es in Preußen möglich gewesen, eine liberale Steuererhebung durchzuführen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Dr. Mann sprach sich hier für die geheime Abstimmung bei den Knappschaftswahlen aus. Sein Fraktionsgenosse Hübsch hat im Abgeordnetenhaus den entgegenstehenden Standpunkt vertreten. Mag sich aber die nationalliberale Partei mit dieser internen Angelegenheit abfinden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Mit Freuden haben wir die Demission des Staatssekretärs angenommen, daß die preussische Regierung nichts unternimmt aus Angst vor irgend einer Partei. Daß das Knappschaftswesen nicht aus dem Reich genommen ist, wird auch von uns bedauert. Die preussische Regierung hat durch Vermittlungsvorschläge ihr Möglichstes getan, um eine Einigung herbeizuführen. Es müssen jetzt beide Teile nachgeben, damit es zu einer friedlichen Lösung der Frage kommt. Die Vergewaltiger sollten sich doch überlegen, ob sie durch Hartnäckigkeit mehr erreichen. Wenn die Arbeiter sich zur Wahrung ihrer Interessen zusammen tun als christliche und königstreue Männer, so werden wir uns nicht dagegen wenden, wohl aber dann, wenn sie sich unter dem Deckmantel von Gewerkschaften zusammen tun, um die gegenwärtige Gesetzgebung zu beseitigen. Meine politischen Freunde wünschen, daß bald Ruhe und Frieden in die Bergarbeiterfrage einziehen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Abg. Dr. Wugdan (Fr. Soz.): Die Verhandlungen dieses Hauses müssen zeigen, daß die Mehrheit hinter den Arbeitern steht. Es ist bedauerlich, daß der Staatssekretär sich nur auf formale Erklärungen beschränkt hat. Die reichsweite Regelung der Bergbauangelegenheiten kann nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die Vergewaltiger haben ein gutes Recht darauf, vom preussischen Abgeordnetenhause für die Bergbauangelegenheiten nichts zu erbitten. Also auch in dieser Hinsicht ist das größte Einzelkammern Parlament Deutschlands anderer Meinung wie das Reichsparlament. Das wird auf die Dauer ein Hindernis sein. Hier sollte ein geeignetes Wahlsystem gewählt werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Bergbauangelegenheiten haben an dem Punkt allein schuld. Die haben in den letzten Jahren Millionen verdient und wollen nun die Arbeiter wegen ein paar Pfennigen zum Streit zwingen. Es wäre lang von der Regierung, wenn sie die Vergewaltiger zur Mäßigkeit mahnen würde. Die Vergewaltiger aller politischen Richtungen sind einzig in ihren Klagen. Die Regierung sollte daher das Interesse der Grubenbesitzer nicht in den Vordergrund stellen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Abg. Hüffel (Soz.): Auch wir haben eine Verdrängung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern für notwendig. Bei einigem guten Willen läßt sie sich erreichen.

Das Haus vertagt sich.

Abg. Dr. Spahn (Zir) erklärt persönlich, daß er und alle Abgeordneten des Zentrums sich für die Einigung der Vergewaltiger bekümmern werden. Auch sei das Zentrum stets für die geheime Wahl eingetreten.

Sonabend 11 Uhr: Fortsetzung; Wiesbadenfest, Telegraphenfest und Schiedfest.

Meine spottbilligen Preise

in

Total-Ausverkauf

von

Schuhwaren

altes stadtbekannt, denn ich muss 7079

unbedingt schnellstens räumen

am den zum Frühjahr ankommenden

Herren- u. Knabenkleidern

Platz zu machen.

Arthur Steinbach

J 1, 7 Breitstrasse J 1, 7

Bier- u. Weinhandlung F. E. Hofmann

Bureau u. Kellerei S 6, 33. — Telefon 446.

Eigentümer d. Hotel Kaiserhof.

Ich empfehle nachstehende Tafelbiere:

Augustinerbräu, Fürstenbräu (Tafelgetränk S. M. des Kaisers), Kulmbacher, Kaiser-Maisel, quelt, Scherppacher Kar. sruhe, Pilsener, Rhein, Mosel, Bordeaux, Champagner und Oriental Markgräfer-Weine in allen Preislagen und in bekannter vorzüglicher Qualität.

Colosseum-Theater.

Direktion: Alexander.

Sonntag, 18. Januar 1908, 4 Uhr u. abends 8 1/2 Uhr:

Vorstellung **Verlorene Ehre.**

Sonntag, den 19. Januar 1908, abends 8 1/2 Uhr:

Nick Karier.

Ordnung: Ledebin, Elsd, u. L. u. Stellen (10. und 11. Hof Karier)

Mannheimer Paradiesgesellschaft.

Freitag, den 7. Februar mittags 11 1/2 Uhr im Sitzungssaal der Rheinischen Creditbank

Ordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Aufgebot des Vorstandes des Vorstands nach Bilanz und dem Bericht des Aufsichtsrats.
2. Erteilung der Entlassungsurkunde von Aufsichtsrat und Vorstand.
3. Beschlußfassung über die Liquidation.
4. Ergänzungswahl für den Aufsichtsrat.

Mannheim, 17. Januar 1908.

Der Vorstand.

Enllaufen

100 Mk. Belohnung

demjenigen, der meinen fahrgewaschenen braunen braunen Schiefer und mit zurückbringt.

56-82 Ludwigshafen a. Rh., 17.1.08

Dr. med. J. Rumb.

Zugelaufen

im schwerer Epige.

Wohnort T 5, 1. 4. St. Hof.

Magazine.

M 2, 6 Wohnung oder Werk.

Grüneres Rabitzgebäude

in jeder Lage der Stadt, auch nach Wagnis zu verpachten per 1. Januar 1908 zu verpachten. Näheres durch die Gruppierung des Planes unter Nr. 517.

Läden.

Eine kleine, über 30 Jahre bestehende, grandiose Firma zum Verkauf, bestehend aus 11 besten Läden, sucht für Mitte des Jahres einen

grossen Laden

mit großen Schaufenstern und Nebenzimmern in einer Lage der Oberstadt zu mieten, möglichst auf 5 u. 10 Jahre. Off. mit Preisangabe an P. H. No. 18862 a. d. Exped. ebet.

Möbl. Zimmer.

M 4, 2 möbl. Zimmer 18.00 zu vermieten. 18001

N 3, 11 3 Z. 1. u. 2. St. 18.00 zu vermieten. 18002

N 4, 9 2 Z. 1. u. 2. St. 18.00 zu vermieten. 18003

O 4, 13 ein gut möbl. Z. 18.00 zu vermieten. 18004

O 4, 13 ein gut möbl. Z. 18.00 zu vermieten. 18005

O 4, 13 ein gut möbl. Z. 18.00 zu vermieten. 18006

P 2, 45 2 Treppen, ein elegant möbliertes Zimmer zu vermieten. 18007

P 2, 8/9 2 Z. möbl. Zimmer mit Bad zu vermieten. 18008

Q 4, 22 ein gut möbliertes Zimmer zu vermieten. 18009

Q 7, 5 ein gut möbliertes Zimmer zu vermieten. 18010

Q 7, 11/19 3 Z. 1. u. 2. St. 18.00 zu vermieten. 18011

R 6, 14 3 Z. 1. u. 2. St. 18.00 zu vermieten. 18012

S 2, 3 2 Z. 1. u. 2. St. 18.00 zu vermieten. 18013

S 6, 8 2 Z. 1. u. 2. St. 18.00 zu vermieten. 18014

S 6, 18 2 Z. 1. u. 2. St. 18.00 zu vermieten. 18015

U 1, 23 3 Z. 1. u. 2. St. 18.00 zu vermieten. 18016

T 2, 8 2 Z. 1. u. 2. St. 18.00 zu vermieten. 18017

Waldenstraße 22a

2 Z. 1. u. 2. St. 18.00 zu vermieten. 18018

Ecke Scheinerg. 31

3 Z. 1. u. 2. St. 18.00 zu vermieten. 18019

Waldenstraße 10, 4 Z. 1. u. 2. St. 18.00 zu vermieten. 18020

Waldenstraße 10, 4 Z. 1. u. 2. St. 18.00 zu vermieten. 18021

Waldenstraße 10, 4 Z. 1. u. 2. St. 18.00 zu vermieten. 18022

Waldenstraße 10, 4 Z. 1. u. 2. St. 18.00 zu vermieten. 18023

Waldenstraße 10, 4 Z. 1. u. 2. St. 18.00 zu vermieten. 18024

Waldenstraße 10, 4 Z. 1. u. 2. St. 18.00 zu vermieten. 18025

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten hiermit die schmerzliche Mitteilung, dass unser lieber Vater, Grossvater, Schwiegervater und Onkel, Herr

Leopold Lorsch

nach kurzem Leiden im 80. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

Mannheim, den 17. Januar 1908.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Max Lorsch

Tattersallstr. 39.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 19. ds., nachm. 3 1/2 Uhr, vom israelitischen Friedhofe aus statt.

Von Kranzspenden und Kondolenzbesuchen beliebe man höf. Abstand zu nehmen.

Pfälz. Genossenschaftsbank

e. G. m. b. H.

Ludwigshafen a. Rh.

Gerichtlich eingetragene Haftsumme

9,100,000 Mk.

verzinst 76587

Spareinlagen zu 4 1/4 %

Größere Summen bei monatlicher Kündigung zu 4 1/2 %.

Bei Einlage von namhafteren Summen bleibt besondere Vereinbarung vorbehalten.

Zu vermieten.

Zu vermieten.

Das frühere Anwesen der Firma Abenheimer & Mayer auf der Rheinau ca. 18000 qm ist als Fabrik- oder Lager Terrain ganz oder geteilt zu vermieten oder auch zu verkaufen. Das Terrain liegt vis-à-vis dem Bahnhof Rheinau.

Gef. Anfragen sind zu richten an W. Abenheimer, L 13, 19, Mannheim.

Buntes Feuilleton.

C.K. „Wie ich fliegen lernte.“ Unter diesem Titel gibt jetzt Henry Farman selbst, der Gewinner des Deutsch-Preussischen Preis...

hundert Meter zurückzulegen. Ich hatte das Langgerichte erreicht...

Erfolg überzeugt und festen Willens, den Preis an diesem Tage...

Die Uhr Nelsons. Aus London wird berichtet: Die Behörden des Royal Naval College Museums in Greenwich haben...

Eine praktische Anordnung für Beerdigungen, die nachgehört zu werden verdient, ist für den Sankt-Nikolaus-Kirchhof in Berlin...

Das Kaiserpaar als Freund des Vogelschusses. Ein großes neues Vogel-Ratterhaus ist nach den Angaben des Hl. Tiergarten-Direktors...

Zur Ballsaison. echt schweiz. gestickte Roben. Spitzens und Spitzenstoffe jeder Art. R. Ottenheimer.

Allen mir Unbekannten in Mannheim, welche die Akademie des Damenschneidemeisters Herrn J. Szudrowicz N 3, 15 empfohlen haben...

Elise Pfangert, Kleidermacherin. Pirmasenz.

Berufskleidung. Blaue Anzüge. Malerkittel. Friseurjacken. Fritz Schultz.

J 4a, 1 C. L. Doseh J 4a, 1. Rechtsagentur und Immobiliengeschäft.

Claes-Pfeil Fahrräder. feinste und zuverlässigste Qualitätsmarke. Hugo Sieber Neckarau.

Smith Premier Schreibmaschine gratis durch die Smith Premier Typewriter Co. Mannheim, T 2, 16.

Jugend und Schönheit. Leichner's Fettpuder. Leichner's Hermelin- und Aspasia-Puder. L. Leichner, BERLIN.

Verlangen Sie nur: „Pfeilring“ Lanolin-Seife. 25 Pfg. pro Stück. Vereinte Chemische Werke Aktien-Gesellschaft.

Wäscherei-Maschinen. Referenzen erster Hotels und Anstalten. Schmidt & Schmits KÖLN.

„Feuerlöschapparat Radikal“. Vollkommenster Apparat der Gegenwart. Karl Jungmack, Gontardplatz 10, II.

Verlobungs-Anzeigen. liefert schnell und billig. Dr. H. Haas'sche Buchdruckerei.

Automobile, Wagen, Kleinstwagen, Maschinen. Spezialgeschäft für feine Lederarbeit u. Kleinfabrik. 46, 11.

Gesichtshaare, Warzen, Leberflecken. System nach Dr. Classen. Frau Louise Maier.

Dr. Schaeffer's Seifenpulver. Generalvertrieb PAUL GIESLER GODESBERG.

Thiele's Nährkakao. Thee-Extrakt. Wenzelsa. be.

Franz Kühner & Co. (Inh.: C. Frickinger & Frz. Kühner). Kohlen, Koks, Bricketts und Holz.

